Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 1.92 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 15 553, Emil Schlegel / Chefredaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Montag, den 7. März 1927 — Nummer 55

Sozialdemokratische Arbeiter begrüßen den Parteitag der Führerin der revolutionären Einheitsfront!

Essen. (Eigener Drahtbericht.)

Während der Freitagsitzung des Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde dem Präsidium ein Brief von 32 sozialdemokratischen Arbeitern überreicht, zu dessen Verlesung unter stürmischem Beifall und von dem Gesang der Internationale begrüßt, der sozialdemokratische Arbeiter Wenski das Wort erhielt. Wenski führte folgendes aus:

Klassengenossen! Euer Beifall über den Brief, den wir 32 sozialdemokratische Genossen schickten, beweist mir, wie tief das Gefühl in der Arbeiterschaft wurzelt, wie sehr sich die Arbeiterschaft danach sehnt, endlich in geschlossener Front vorangehen zu können. Wir haben jetzt in Wirklichkeit einen einzigen gemeinsamen Gegner. Sollte es tatsächlich unmöglich sein, diese beiden Brüder innerhalb einer Klasse gegen diesen Gegner zusammenzuführen? Dieses Ziel, endlich einmal eine Annäherung der sozialdemokratischen an die kommunistischen Arbeiter herbeizuführen, haben sich die kommunistischen und auch die 32 sozialdemokratischen Arbeiter gestellt.

Es ist lange kein Geheimnis mehr, daß in der sozialdemokratischen Organisation die Arbeiter unzufrieden sind mit der Taktik und der Führung unseres Parteivorstandes.

Wir sagen ganz offen: es würde uns nichts nützen, wenn unter der Parteidecke diesen Kampf führen würden, sondern wir sind gezwungen, auf Grund der Terrormaßnahmen, die der Parteivorstand gegen uns linke Oppositionelle anwendet, uns an die breite Oeffentlichkeit zu wenden und ihr zu sagen, was in der sozialdemokratischen Organisation vor sich geht.

Genossen! Leider sind wir heute in 2 Parteilager gespalten worden. Aber es hat eine Zeit gegeben, wo man nur eine einheitliche Arbeiterpartei kannte. Und diese Partei zu schaffen, muß unser Bestreben sein. Denn wir haben, wie schon vorher betont, nur einen gemeinsamen Gegner.

Wenn wir uns auch heute noch nicht als Parteigenossen begrüßen können, so wird man es uns weder jetzt noch in Zukunft nehmen können, daß wir uns immer wieder als Klassengenossen betrachten und danach handeln. (Langanhaltend. Beifall.)

Genossen! So wie ich hier vor Klassengenossen spreche, so sagen mit mir auch die 32 Klassengenossen, die den Brief mit unterschrieben haben, zu euch: Klassengenossen.

Wir haben schon lange den Gedanken gehegt, einen Schritt in die Oeffentlichkeit zu tun. Wir haben es aber unterlassen, weil wir Furcht hatten, aus unserer Organisation hinausgeworfen zu werden. Aber nachdem der Parteitag eurer Partei gezeigt hat, daß er die Einheitlichkeit will, sind wir bereit, euch zu sagen, daß

auch wir den Weg zu den kommunistischen Arbeitern suchen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Ich garantiere, daß noch viel mehr sozialdemokratische Arbeiter unseren Brief unterschrieben hätten, wenn nicht bei allen sozialdemokratischen Arbeitern die Furcht vor dem Ausschluß aus der Organisation und vor den Terrormaßnahmen des Parteivorstandes vorhanden wäre.

Ich garantiere, aus allen Orten würden sie kommen und würden euch sagen, wie es in der sozialdemokratischen Organisation aussieht. Sie würden euch sagen, daß Schluß sein muß mit dem Bruderkrieg, damit wir endlich etwas gegen unsere Ausbeuter unternehmen können.

Daß diese Einheitlichkeit gerade heute ein Gebot der Stunde ist, beweist uns, daß

die Sozialdemokratie es nicht einmal verstanden hat, eine Bürgerblock-Regierung zu verhindern.

Sie hätte es mit Leichtigkeit machen können, wenn sie 1918 nicht die Flinten aus der Hand gegeben hätte. (Stürmischer Beifall.) Sie wußte doch sehr wohl, daß die besitzende Gesellschaft unser Feind ist. Wir haben das auch heute noch nicht vergessen, wenn auch manche sozialdemokratischen Führer das vergessen zu haben scheinen. Aber wir sagen: damals hätte man ihnen den Wirtschaftsapparat aus der Hand nehmen können. Und wenn die Verhältnisse so weitergehen, dann wird die Bürgerblock-Regierung nicht die letzte Etappe sein:

dann werden wir das Los teilen müssen, das unsere italienischen, litauischen und ungarischen Brüder schon lange zu erdulden gezwungen sind.

(Stürmische Zustimmung.)

In unserem Brief haben wir nur Einzelerscheinungen aufgezählt. Gewiß, Genossen, Fehler können gemacht werden — auch ihr habt Fehler gemacht. Aber ich freue mich darüber, daß die KPD Selbstkritik an sich selbst übt, daß sie die Macht hat, uns sozialdemokratische Arbeiter zurückzugewinnen. (Lebhafter Beifall.)

Dann wollen wir auch daran denken, daß wir die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit haben, uns vorzubereiten gegen die ungeheuren Gewaltmaßnahmen der Bourgeoisie, gegen das Metzeln in China usw. Wenn es notwendig ist, müssen wir auch mit Gewalt vorgehen und Schulter an Schulter versuchen, einen großen Schritt vorwärts zu machen. (Stürmischer, minutenlanger Beifall und Gesang der „Internationale".)

Das Auftreten des sozialdemokratischen Arbeiters zeigt das Wachsen, das unaufhaltsame Wachsen, des Willens zur proletarischen Einheitsfront in den breitesten Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Vergeblich ist das Bemühen der sozialdemokratischen Presse, die Bedeutung dieses Vorfalles abzuschwächen oder lächerlich zu machen. Diese 32 Sozialdemokraten haben nur das offen ausgesprochen, was die Seele Zehntausender SPD-Arbeiter bewegt und was der aufrichtige Wunsch Hunderttausender von deutschen Proletariern ist. Die Erkenntnis, daß die Kommunistische Partei trotz aller Verluste u. Schwächen, durch Fehler und Niederlagen, durch eiserne Disziplin und eine gesunde innerparteiliche Selbstkritik ihre historische Rolle durchzuführen bereit und fähig ist, ringt sich in den Hirnen der deutschen Werktätigen siegreich durch. Uns Kommunisten soll dies eine Mahnung und ein Ansporn sein, auf dem Wege, den uns Exekutive und Zentralkomitee gewiesen und geebnet haben, weiter zu marschieren. Auf diesem Wege wird

die Kommunistische Partei Deutschlands, die Führerin der werktätigen Massen Deutschlands, der Kopf und der Arm der deutschen proletarischen Revolution werden.

Wenski und seine Freunde sollen ausgeschlossen werden

Die Wut sozialdemokratischer Führer über das klassenbewußte Auftreten des Arbeiters Wenski findet ihren Ausdruck in der offenen Ausschlußandrohung durch den Vorwärts. Das Blatt der Weis und Stampfer schreibt:

„Daß er nach seinem letzten Auftreten als „sozialdemokratischer Arbeiter" auf dem kommunistischen Parteitag seiner Mitgliedschaft in der Partei verlustig wurde versteht sich von selbst."

Der Vorwärts weist also treffend die Richtigkeit unserer Behauptung nach:

Für ehrliche, klassenbewußte Proletarier gibt es keinen Platz in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Massendemonstration zu Ehren des Parteitages

Essen, 7. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Am gestrigen Sonntag marschierte das Ruhrproletariat auf. Die Arbeiter haben das Echo des kommunistischen Parteitages vernommen und kamen zu Zehntausenden. Sie kamen in strömendem Regen und marschierten stundenlang aus Buer und Bottrop, und auch aus den kleinsten Orten des Ruhrgebiets kamen Delegierte. Ein Wald von roten Fahnen ging durch die Massen. Auf den Fußwegen in den Straßen der Arbeiterviertel waren Tausende von Sympathisierenden. Aus den Fenstern hatte man rote Fahnen zu Ehren der kommunistischen Delegierten gehißt. Die Hochrufe auf die Kommunistische Internationale, auf Sowjetrußland und die Kommunistische Partei Chinas erschollen ununterbrochen. Der Aufmarsch vor der Ausstellungshalle dauerte 2 Stunden. Etwa 25 000 bis 30 000 nahmen nach Beendigung des Aufmarsches in Essen an dem Meeting teil. Tausende fanden keinen Einlaß mehr. Als erster Redner sprach der Abgeordnete Florin. Nach ihm ergriff ein Kumpel von einer Essener Zeche das Wort. Ein Kleinbauer aus Ostpreußen forderte den Zusammenschluß von Stadt und Land im Kampf gegen die Ausbeuter. Der aus der SPD ausgeschlossene Ruhrlandbeigeordnete Bischoff legte ein leidenschaftliches Bekenntnis für die revolutionäre Arbeit in den freien Gewerkschaften ab und trat für Umwandlung der Gewerkschaften durch klassenbewußte Arbeiter ein. Der Engländer Steward sprach aufs tiefste bewegt zu der gewaltigen Kundgebung. Mit andauerndem Applaus empfangen, berichtete ein Chinese von der letzten Entscheidungsschlacht, die jetzt in Schanghai bevorsteht. Nach mehreren Betriebsdelegationen sprach ein sozialdemokratischer Jugendgenosse. Nach ihm sprach Ernst Thälmann und forderte auf, die starke rote Front zu schmieden.

Kampf dem Mietwucher!

Der preußische „Wohlfahrts"minister Hirtsiefer hat ein Werk vollbracht, das seinen Namen so rasch nicht vergessen läßt. Er hat die Zwangswirtschaft für „gewerbliche Räume" aufgehoben und damit dem uneingeschränkten Mietwucher für gewerbliche Räume, Lagerstätten usw. Tür und Tor geöffnet. In dem Augenblick, da die Zwangsverordnung für gewerbliche Räume fiel, sind tatsächlich auch die Mieten für Räume, die unter den Sammelnamen „gewerbliche Räume" fallen, enorm gestiegen. In Berlin sind die Mietpreise durch Hirtsiefers Glanzstück auf das drei-, vier- und sogar fünffache der Friedensmiete gestiegen. 45 000 Räumungsklagen werden monatlich vor den Gerichten verhandelt. Die Erregung unter den kleinen Gewerberaummietern ist selbstverständlich groß und hat in allen Teilen des Reiches bereits zu heftigen Protestkundgebungen gegen den zentrümlichen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer geführt. Darf es aber bei diesen Protesten bleiben? Das wäre verhängnisvoll für die gesamte deutsche Mieterschaft!

Weshalb? Allein die Tatsache der Steigerung der Mieten für die gewerblichen Räume bedeutet eine ungeheure Verschlechterung der Lage aller Werktätigen. Denn die erhöhten Mieten werden begreiflicherweise auf die Konsumenten umgelegt, das heißt: Die Preise für Lebensmittel, Kleider und alle Bedarfsartikel steigen ganz gewaltig. Mehr Hunger, mehr Elend, mehr Jammer der Werktätigen bedeutet also allein die Mietpreiserhöhung für gewerbliche Räume.

Hirtsiefer hat aber noch mehr getan. Er hat gleich danach die Hebel an die Zwangswirtschaftsverordnung für Wohnräume gelegt und bereits praktisch die Zwangswirtschaft für Wohnräume aufgehoben.

Hirtsiefer führt seine Wohnungspolitik brutal gegen die gesamte Mieterschaft durch. Daran hindert ihn auch kein Landtagsbeschluß! Die Vorgänge im Preußischen Landtag beweisen das. Der Zentrumsmann Hirtsiefer pfeift auf den Beschluß des Landtages, seine Aenderung der Mietwohnungswirtschaft einige Monate auszusetzen. Er pfeift darauf, begeht kompletten Verfassungsbruch — und darf Minister bleiben. Die Preußenregierung mit dem Sozialdemokraten Braun an der Spitze ist ganz für ihn. Als die kommunistische Landtagsfraktion einen Mißtrauensantrag gegen den Mietwuchermiister Hirtsiefer einbrachte, hat bekanntlich die sozialdemokratische Landtagsfraktion für Hirtsiefer gestimmt. Alle Parteien, von der äußersten Reaktion bis zur Sozialdemokratie sind also mit dem Mietwucher, mit der neuen unerhörten Belastung der werktätigen Schichten einverstanden.

Auch Sachsen will hinter Preußen nicht zurückstehen. Die Heidt-Regierung ist ebenfalls für Erhöhung der Mieten und für die Lockerung des Mieterschutzes, „da Sachsen nicht vollständig außerhalb des Rahmens der übrigen Länder gehen könne". Es lassen sich schon jetzt unzählige Fälle anführen, daß Gewerberaummieter rücksichtslos auf die Straße gesetzt werden, ohne daß ihnen andere Räume wieder zur Verfügung gestellt werden.

Die Rechtsblockregierung, deren Kanzler der republikanische Reichsbanner-„Kamerad" Marx ist, hat Hirtsiefers Mietwucherprogramm aufgenommen. Sie hat verordnet — und das gilt nicht nur für Preußen, wie Hirtsiefers Programm, sondern fürs ganze Reich —, daß die Mietpreise für Wohnräume auf 120 Prozent der Friedensmiete gesteigert werden. Es ist dabei zu beachten, daß diese Steigerung auf 120 Prozent den Mindestsatz bedeutet. Unter diesem Satz darf es keine Miete geben. Nach oben gibt es jedoch keine Grenzen. Also ist dem Mietwucher durch die Reichspolitik der Marx-Regierung freie Hand gelassen. Und nun wird die Mieterschaft gar sehr bald die Gier der Hausagrarier zu fühlen bekommen.

Die kapitalistische Klasse sagt, sie brauche das Geld für den Bau neuer Wohnungen. Wer von den Proletariern, wer von denen, die die Augen offen haben, kann solchen Mummenschanz glauben? Niemand! Zwei Millionen Wohnungen fehlen in Deutschland. Niemand aber erwarte, daß die herrschende Klasse jemals an die Lösung des Wohnungsbeschaffungsproblems herangehen werde. Was soll also werden? Gesteigerte Not, grenzenloses Elend! Mietpreissteigerung, Lebensmittelpreissteigerung.

Wird aber das Unternehmertum, das sich für den Mietwucher erklärt, die Löhne aufbessern, um die Mietenzahlung der Arbeiter möglich zu machen? Das Unternehmertum, das durch die Nationalisierungspolitik so schwindelhafte Profite gemacht hat, das seine Betriebe stabilisieren und die Dividenden enorm hinaufschrauben konnte, wird keine Zugeständnisse machen, wenn sie ihm nicht in hartnäckigem Kampfe abgerungen werden.

Die Arbeiter und alle Werktätigen können unmöglich dulden, daß sie auch noch die ungeheure Last der Wuchermieten aufgehalst bekommen. **Sie müssen jetzt in Bewegung treten. Was muß** geschehen? **Die Arbeiter der Betriebe und Gewerkschaften müssen** in Belegschafts- **und Verbandsversammlungen zur Mietenfrage Stellung nehmen. Die Frage der Mieten gehört in die Betriebe** hinein!

Was sind die Forderungen, mit denen sich die Proletarier beschäftigen müssen? **Auch im Kampf gegen den Mietwucher** ist die entscheidende Forderung, die der **Lohnerhöhung**. Die Arbeiterschaft, **die die verschlechterten Löhne und Arbeitsbedingungen als „Verleistung für die Nationalisierung" hin**genommen hat, muß — um doppelte und dreifache ausgebeutet — **eine entsprechende Höherbezahlung der Arbeitskraft fordern. Drittens muß sie den Kampf um Lohn- und Gehalts**erhöhung mit dem Kampf gegen den von Hirtsiefer und Marx freigegebenen Mietwucher verbinden, damit die erkämpfte Lohnerhöhung nicht durch die gesteigerten Wuchermieten illusorisch gemacht werden.

Die **Mieterorganisationen**, die in schärfster Opposition zu den Regierungsparteien **stehen, dürfen es nunmehr** nicht nur bei **Ermahnungen an die Parteien belassen, die** den Mietwucher veranlassen, sondern **müssen durch die proletarischen** Elemente in ihren Reihen mit revolutionärem **Geist** durchsetzt werden und zu gewaltigen Massenkundgebungen gegen die Ausplünderungspolitik schreiten.

Die Losung, unter der **alle Werktätigen marschieren** und kämpfen müssen, heißt:

Kampf dem Rechtsblock, nieder mit der Regierung der Schwerausbeuter! — Nieder mit den Parteien des Mietwuchers und der Volksausplünderung! — Kampf für die Regierung der Arbeiter und Bauern, die allein das Wohnungsproblem lösen kann!

Sachsen hat wieder einen Innenminister

Wie die Staatskanzlei mitteilt, hat Ministerpräsident Heldt den Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Leipzig, Dr. jur. Willibald Apelt, zum Minister des Innern ernannt. Apelt ist Mitglied der Demokratischen Partei.

Die Linie des sächsischen Innenministeriums seit Max Müller wird auch von diesem „Demokraten" nicht verbogen werden. Sie bleibt unverholen reaktionär und arbeiterfeindlich!

Die SAJ-Opposition wird abgewürgt

Der „linke" Lipinski als Handlanger des SPD-Parteivorstandes. — Ausschluß des westsächsischen Bezirksleiters der SAJ geplant.

Wie wir aus SAJ-Kreisen erfahren, tagte in Leipzig unter **dem Vorsitz des „linken"** Sozialdemokraten Lipinski eine Sonder**sitzung des dortigen Bezirksvorstandes** der SPD, die sich mit **Maßnahmen gegen den Bezirksleiter** der SAJ, **Walter Otto, beschäftigte. Es lag ein Schreiben** des SAJ-Häuptlings **Westphal vor, in dem gefordert wurde, daß „endlich mit den Treibereien Ottos Schluß gemacht" werde.** Die „Anklage" stützte **sich lediglich auf die Herausgabe eines Flugblattes an die west**sächsische **SAJ-Mitgliedschaft,** das gegen **die** Erdrosselung **der Berliner Opposition protestierte und** im übrigen **dieselben Forderungen wie der Berliner Oppositionsrundbrief erhebt.** Die **Sitzung beschloß, den Ausschluß Ottos auf Grund des berüchtigten § 28 Abs. 5 beim Parteivorstand zu beantragen.** Wie dessen **Entscheidung ausfallen wird,** dürfte keinem Zweifel unterliegen. Der **Ausschluß Ottos wird deshalb um so größere Konsequenzen** in der **westsächsischen Mitgliedschaft** nach sich ziehen, als ihn diese **erst auf der vor kurzem** stattgefundenen Bezirkskonferenz trotz **Herausgabe des Flugblattes** und entschiedensten Auftretens gegenüber **der Parteibürokratie** durch Wiederwahl zum Bezirksleiter ihr **Vertrauen** aussprach. Weiterhin wird uns mitgeteilt, **daß der Ausschluß des Berliner SAJ- und SPD-Funktionärs Goldenberg ohne irgendwelches** Verfahren und ohne Anhören **des Ausgeschlossenen erfolgt ist.** Der Anschauungsunterricht, den **die SPD-Bürokraten durch ihr Hinwegsetzen** über den klar aus**gedrückten Willen** der Mitgliedschaft geben, hat in den Kreisen **sozialdemokratischer** Jungarbeiter und in denen der SPD ge**waltige Empörung** ausgelöst. Aufgabe unserer kommunistischen **Jugendgenossen muß es nun sein, den Opposition.** SAJ-Genossen, **die ihre letzten Illusionen über eine Möglichkeit der Revolu**tionierung **der SAJ durch das Verhalten der Parteibürokratie** zertrümmert sehen, die Schädlichkeit und Unfruchtbarkeit der **Bildung einer neuen Splitterorganisation klar zu machen** und **ihnen zu zeigen, daß sie dem revolutionären Klassenkampf nur dienen können, wenn sie sich einreihen in die Front des kampf**gewillten **Kommunistischen Jugendverbandes.**

Der 5. Hochverratsprozeß gegen Buchhändler

Am 4. März begann vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts Leipzig der Prozeß gegen den Buchhändler **Harzer**, den Leiter der Arbeiterbuchhandlung in Jena, der unter der Anklage steht, eine Reihe von Schriften, angeblich hochverräterischen Inhalts vertrieben zu haben. Die Anklage behauptet, daß Härzer nicht als selbständiger Buchhändler, sondern lediglich als Funktionär der KPD die Jenaer Buchhandlung der KPD geleitet habe, und diese Buchhandlung soll der Mittelpunkt des Vertriebes für kommunistische Literatur für ganz Thüringen gewesen sein. Genosse Härzer befindet sich seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft. Nachdem am ersten Verhandlungstage die Zeugenvernehmung beendet wurde, begann die Verlesung der vom Reichsanwalt unter Hochverrat gestellten Literatur.

Der Ausgang der Beweisaufnahme war für den Reichsanwalt **kläglich**. Was allein dabei hervortrat, das war eine mit **allen** Mitteln betriebene Hetze gegen die kommunistischen Ideen und dessen Propaganda. Und dann eine andere bezeichnende Tatsache: eine Reihe von Beamten vom Ministerialobersekretär der Geschäftsabteilung des thüringischen Ministeriums Wittenbecher bis zum Kriminalpolizisten Roth-Jena, die mit der Verfolgung der kommunistischen Propaganda Karriere machen wollen, wozu ihnen jedes Mittel recht zu sein scheint.

Den ganzen **zweiten Verhandlungstag** über **verlas** der reaktionäre Klassenrichter Lorenz die **beschlagnahmten Schriften.** Da die ausreichende Belastung durch die Kronzeugen des Reichsanwalts — lauter edle Polizeiseelen — nicht gelungen ist, soll es nun aus den einzelnen Broschüren herausgeklaubt werden, die Seite um Seite vom Vorsitzenden vorgetragen werden. Er liest schon einen Tag lang vor und er wird noch einen, vielleicht auch noch **zwei Tage dem Gericht Vorlesungen aus der freiheitlichen Literatur** halten.

Warum diese Anstrengungen? Die Klassenjustiz möchte trotz allem doch noch den Schein wahren — und dann verurteilen.

Kommunistische Gesinnung ist strafbar!

Die jetzt stattgefundenen und noch in Vorbereitung befindlichen Prozesse gegen die kommunistischen Buchhändler, Drucker, Setzer, Boten usw. zwingen auch die bürgerlichen Zeitungen, hierzu Stellung zu nehmen. Sie tun das nicht etwa aus Sympathie mit den Kommunisten, sondern aus Furcht vor den Kommunisten, aus Furcht vor der wachsenden Aktivisierung der arbeitenden Bevölkerung. Sie sehen, daß die Kommunisten durch derartige Verfolgungen nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Nur aus diesem Grunde glauben sie, den reaktionären Richtern a la Riedner „Ratschläge" erteilen zu müssen, „vorsichtiger" die Bekämpfung der Kommunistischen Partei zu betreiben.

Erklärte man früher den Kampf mit geistigen Waffen als frei bzw. straflos, so geht man heute offen zur Verurteilung der **Gesinnung** über, was selbst von den ärgsten Kommunistenhassern, wie Wolfgang Heine, dem sozialdemokratischen Staatsminister a. D., zugegeben werden muß. In einem Leitartikel der Vossischen Zeitung vom 1. März schreibt dieser Heine unter der Ueberschrift „Antwort an Kahl" u. a.:

„Dazu (zur Verurteilung wegen Hochverrats, d. Red.) braucht der Richter keine bewußte Verdrehung, denn er kann sich so einstellen, daß er die Tat von vornherein **so sieht**, wie es dem Urteil entspricht ... das mechanisch und ohne Würdigung der Besonderheit des Falles in eine **Verurteilung** auslaufen muß ... Eine solche Praxis führt aber direkt zur Verurteilung der **Gesinnung** statt der Tat, oder, was dasselbe ist, der Tat wegen der Gesinnung des Täters."

Also, hier sagt Heine selbst, was wir immer behaupten und bewiesen haben, daß schon die kommunistische Gesinnung strafbar ist. Erst vor einigen Tagen wurden in Nürnberg 19 Arbeiter wegen ihrer bloßen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei angeklagt. In München fanden vor wenigen Wochen drei Prozesse statt, in denen eine Anzahl von Arbeitern nur weil sie Mitglied der Kommunistischen Partei waren zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Bayern als Schrittmacher der deutschen Bürgerblockregierung hat die ersten Proben geliefert, das Reich ist bereits gefolgt, und Heine schreibt sehr richtig weiter:

„Daß die Rechtsprechung diese Täterschaft (Buchhändlerprozesse, d. Red.) vorläufig nur erst bei Funktionären der kommunistischen Organisationen unterstellt, ist im Grunde unlogisch und beweist lediglich eine gewisse Scheu vor der Konsequenz, **alle Anhänger einer Parteigesinnung für strafbar zu erklären.** Mit demselben Recht, wie die Verbreitung eines kommunistischen Buches, könnte man jede andere Aeußerung kommunistischer Ueberzeugung treffen."

Aus Furcht vor den Konsequenzen, d. h. aus Furcht vor den werktätigen Massen, geht man vorläufig nur gegen Funktionäre der Kommunistischen Partei vor, um die kommunistische Presse und Literatur vom Erdboden verschwinden zu lassen. Ist der ehemalige sozialdemokratische Staatsminister a. D., der Kommunistenfresser Heine, plötzlich für die Verbreitung kommunistischer Literatur? Im Gegenteil! Er weiß ganz genau, daß diese Verfolgungen die Kommunistische Partei nur stärken, und eben aus dieser Furcht, daß die Prozesse des Reichsgerichts „dem Kommunismus nur Sympathien zuführen", und „den geistigen Widerstand gegen Bestrebungen, die einmal wirklich die Existenz des Reiches gefährden könnten", schwächen, daß diese Urteile die wirksamste Propaganda für den Kommunismus bedeuten, erhebt er seine warnende Stimme und bringt sich der Klassenjustiz in empfehlende Erinnerung. Heine ist nicht gegen die Klassenjustiz, er ist nur gegen die „Rechtsauslegung" der Gerichte seitens seiner Richterkollegen, weil er selbst gern wieder beim Staatsgerichtshof mitwirken möchte.

Das Proletariat hat den Charakter der Justiz des Reichsgerichts erkannt, es wird auch aus dem von Heine aufgezeichneten Justizskandal die Lehre ziehen und den Kampf aufnehmen, nicht wie der scheinoppositionelle Heine, gegen die „Rechtsauslegung", sondern gegen die Klassenjustiz überhaupt.

Bayern hat mit der Verurteilung wegen kommunistischer Gesinnung den Anfang gemacht. Die deutsche Bürgerblockjustiz bereit sich, dem Beispiel Bayerns zu folgen. Heute geht man „aus Furcht vor den Konsequenzen nur erst gegen Funktionäre vor", morgen glaubt man sich vielleicht schon stark genug, ein Terrorregime gegen die gesamte Arbeiterschaft aufzurichten. Deshalb ist der Kampf gegen die Klassenjustiz eine Aufgabe der gesamten werktätigen Bevölkerung Deutschlands.

Wuchtige Frauenkundgebung in Dresden

Am gestrigen Sonntag fand als Auftakt zur Internationalen Frauenwoche eine wuchtige Frauendemonstration in Dresden statt. Ungefähr 1000 Proletarierinnen demonstrierten für die Forderungen der werktätigen Frauen für Schutz für Mutter und Kind, gegen imperialistische Kriegsgefahr und für ein Bündnis mit Sowjetrußland.

Bergwerksunglück

Ein Steiger tot, ein Heuer schwer verletzt

Altenberg, 5. März. (Eigener Bericht.) **Auf dem Herzog-Ernst-Schacht** in Oberlößnitz **wurden durch hereinbrechende Kohlen ein Steiger und ein Heuer verschüttet. Während es möglich war, den Heuer mit schweren innerlichen Verletzungen zu bergen, konnte der Steiger erst nach vier**einhalbstündiger schwerer Arbeit **tot geborgen werden.**

Gelsenkirchen, 5. März. (Eigener Bericht.) **Auf der Zeche „Pluto" wurden elf Bergarbeiter beim Treiben eines Querschlages von herabfallenden Gesteinsmassen eingeschlossen. Die Eingeschlossenen waren von jeder Luftzufuhr abgeschlossen. Durch das schnelle und energische Eingreifen der Belegschaft konnten alle elf Bergarbeiter gerettet werden.**

Die ungeheure Antreiberei in den Schächten bringt es mit sich, daß es bei der Arbeit Schutz vor Unglücksfällen nicht mehr gibt. Die Betriebsleitungen lassen die Unfallverhütungsvorschriften vollkommen außer acht. Die Hauptsache ist Profit. Menschenleben gilt nichts. Die unsinnigen Maßnahmen zur Eindämmung des Grubenbrandes auf Zeche **de Wendel** und die dadurch entstandene Katastrophe beweisen das. Wenn auf der **Zeche „Pluto"** durch das energische Eingreifen der Belegschaft ein großes Unglück verhütet werden konnte, so zeigt das Unglück **auf dem Herzog-Ernst-Schacht,** daß das trotz aller Opferbereitschaft der Bergarbeiter nicht immer gelingt. Notwendig ist strengste Kontrolle der Unfallverhütungsmaßnahmen. Die Tatsachen beweisen, daß die von den Unternehmern und der kapitalistischen Regierung abhängigen Bergbehörden dazu nicht imstande sind. Wir fordern die Einstellung von Grubenkontrolleuren aus Bergarbeiterkreisen.

Die sozialdemokratischen ungarischen Henkersknechte

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns hat eine Entschließung zu den Massenverhaftungen von kommunistisch gesinnenen Arbeitern veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Die Parlamentsfraktion und die **Parteileitung** der Sozialdemokratischen Partei lenken die Aufmerksamkeit (der Horthy-Polizei, die Red.) auf den Umstand, daß die mit dem Gelde des russischen Volkes betriebene bolschewistische Agitation sich in erster Reihe gegen die Sozialdemokratische Partei und die internationale Arbeiterbewegung richtet. ... Die Sozialdemokratische Partei erachtet es als ihre unerläßliche Pflicht, der bolschewistischen Agitation **mit allen Mitteln entgegenzutreten und sie zu** bekämpfen, **weil sie sonst für die Arbeiterbewegung mit vernichtenden Folgen begleitet wäre."**

Mit beispielloser Offenheit fordern hier die Sozialdemokraten die Horthy-Regierung zur Fortsetzung ihrer Henkerarbeit auf. Die für die Sammlung des niedergeschlagenen führerlosen Proletariats eintretenden klassenbewußten Arbeiter sollen **mit allen Mitteln** mundtot gemacht werden. Diese ungarischen Sozialdemokraten, diese **Schergen der Reaktion,** diese schamlosen Knechte können sich nur mit den verächtlichen Waffen der Denunziation, des Verrates und der Liebedienerei über Wasser halten.

Die Wiener Arbeiterzeitung, die von dieser Entschließung Kenntnis nimmt, stellt erneut fest, daß die der Polizei zur Verfügung stehenden Zeitungen nicht aufhören, von „reumütigen Geständnissen" der Verhafteten zu reden. Diese „Geständnisse" seien plumpe Machwerke, ebenso wie die „immer bereitgehaltenen Lügen der Polizei, wie über Agitatorenschulen in Berlin und Wien und dergleichen mehr". Die ungarische Regierung wolle anscheinend noch ein besonderes Geschäft mit dem neuen Verschwörungsschwindel machen, indem sich der Innenminister für seine in anderen Staaten gehaltenen Spitzel und Provokateure für Bekämpfung der bolschewistischen Seuche von diesen Staaten besonders bezahlen lassen wolle.

Diese Stellungnahme unterscheidet sich vorteilhaft von der Haltung der deutschen sozialdemokratischen Presse, die es nicht für nötig erachtet, gegen das blutige Horthy-Regime zu protestieren und die Klassensolidarität der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen. Der Kampf der ungarischen Arbeiter gegen ihre Ausbeuter und Peiniger ist schwer, aber auch ihnen wird die Stunde der Befreiung schlagen.

Ungarische Bestien morden die verhafteten Arbeiter

Budapest, 4. März. (Tel.-Agentur „Inprekorr".)

Franz Mozsu, Jungarbeiter von Kaposvar, über den gestern die Budapester Polizei meldete, daß er bei seiner Eskortierung nach Budapest in der Nähe der Hauptstadt aus dem Zug gesprungen und entkommen ist, ist von den ihn begleitenden Detektiven meuchlings erschossen worden. Man führte ihn unter dem Vorwand, ihn nach dem Abort zu begleiten, aus dem Zuge, und unterwegs wurde er von rückwärts niedergemacht. Die Polizei will jetzt eine „Flucht" vortäuschen.

In den Räumen der Budapester Polizei spielten sich unerhörte Folterungen ab.

Alexander Szerényi wurde mit einer Zange bearbeitet, seine Nasenflügel wurden auseinandergerissen.

Franz Normai wurde nackt ausgezogen und mit einer Peitsche geschlagen. Die Detektive riefen ihm während der Folterungen zu: „Wo sind die versteckten Dollars?"

Elisabeth Bruck, ein 19jähriges Mädchen, zog man nackt aus und zwei Detektive wollten sie vergewaltigen. Sie wurden in der letzten Minute gestört, und so wurde das Mädchen „nur" mit der Peitsche geschlagen.

Dem Jungarbeiter Rubin, 20 Jahre alt, wurden beide Arme gebrochen. Sein Körper ist mit Brandwunden bedeckt.

Der Invalide Landarbeiter Johann Kocsis, der während der Räteherrschaft in Ungarn im Roten Kriege einen Fuß verloren hat, wurde gezwungen, seine Prothese auszuschrauben und auf einem Fuß herumzuspringen. Als er nicht mehr springen konnte, wurde er mit der Prothese geschlagen.

Dem 19jährigen Jungarbeiter Bittig wurden die Haare ausgerissen und er wurde gezwungen, die ausgerissenen Haare zu verschlucken.

Alexander Lövi, ein 20jähriger Jungarbeiter, wurde mit zusammengebundenen Armen hochgezogen. Als er in Ohnmacht fiel, wurde er mit Wasser begossen, sein Körper wurde mit glühendem Eisen gebrannt.

Der berüchtigte Oberstaatsanwalt Albert Varg fordert für die Verhafteten Standgericht und Todesstrafe. Auf der Konferenz der Regierungspartei forderten mehrere Abgeordnete als abschreckendes Beispiel in diesem Fall anstatt ordentlichen Gerichtes Standgericht und Tod. Der Abgeordnete Hejj forderte ebenfalls Ausnahmegesetze und Todesstrafe.

*

Die gesamte internationale Arbeiterschaft muß gegen den legalen Blutterror der Horthy-Bestien schärfsten Protest erheben. Schon mehrmals ist es so gelungen, die Krallen der weißen Bestien abzustumpfen. Ueberschüttet die Vertretungen Ungarns mit Protestschreiben und Telegrammen. Rettet eure gefangenen Klassengenossen vor bestialischer Ermordung!

Massenhinrichtungen in Portugal

England finanziert die Konterrevolution.

In Portugal geht der Diktator Carmona gegen seine in der Revolution niedergeworfenen Gegner mit äußerster Grausamkeit vor. Mehrere Hunderte, die mit Waffen in der Hand ergriffen wurden, sind von den Kriegsgerichten standrechtlich verurteilt und hingerichtet worden. Ueber tausend Offiziere, Politiker, hohe Beamte und Arbeiter wurden zur Deportation verurteilt und werden nach den Azorischen Inseln, nach Portugiesisch-Guinea und nach den Kap Verdischen Inseln gebracht. Dort werden sie infolge der klimatischen Verhältnisse und der infamen Behandlung langsam zugrunde gehen.

Ebenso wie bei dem Faschistenputsch in Litauen, hat auch hier England die Hand im Spiele. Die portugiesische Regierung hat in England Schritte zur Aufnahme einer Anleihe von 12 Millionen Pfund unternommen, um dafür Kriegsmaterial zu kaufen.

Hungerstreik im Sofioter Gefängnis

Wien, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Zentralgefängnis in **Sofia** sind am 4. März 156 politische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Die Ursache hierfür ist die Nichtbehandlung der Amnestiefrage in der Sobranje und die schlechte Behandlung, die den politischen Gefangenen in Bulgarien zuteil wird. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich andere bulgarische Gefängnisse diesem Hungerstreik anschließen.

Schanghai soll kampflos den Kantonesen überlassen werden

London, 7. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist, angeblich zum Schutz der japanischen Textilfabriken, eine japanische Munitionsabteilung von 3000 Mann in Schanghai gelandet. Nach einer Meldung des preußischen Pressedienstes haben die Gewerkschaften Schanghais Flugblätter verteilt, in denen die Arbeiter zum Kampf gegen die Ausländer aufgefordert werden. Die Vorbereitungen zum Generalstreik werden getroffen. Zwischen den Kantonesen und dem General Tschangtschungtschang finden Verhandlungen zwecks kampfloser Uebergabe Schanghais an die roten Truppen statt.

*

Neue Erfolge

Peking. Die Nationaltruppen haben Panking und Siehsian südwestlich von Nanking in der Provinz Nganhwei besetzt.

*

Auch Peking fordert englischen Rückzug

Schanghai. Der Vertreter der Pekinger Regierung in Schanghai überreichte dem Dekan des Schanghaier Konsulatskorps ein schärfes Protestschreiben, das die sofortige Zurückziehung der englischen Truppen, die außerhalb der Fremdensiedlung stationiert sind, fordert.

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeiterstimme

Nr. 55 — 8. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Dresden

7. März: 1923: Prozeß Fuchs-Machaus in München (Enthüllung von Beziehungen zwischen Frankreich und deutschem Faschismus). — 1917: Riesige Arbeiterdemonstrationen in Petrograd. Kaiserliche Botschaft zur Wahlreform in Preußen. — 1919: Parteiausschuß der SPD billigt mit 35 gegen 5 Stimmen Bewilligung der Kriegskredite.

„Die Luft kann ich nicht vertragen ..."

Von Spiegel.

Es ist 5 Uhr abends — ich sitze in der Lockwitzbahn und genieße das zweifelhafte Vergnügen, 25 Minuten zu warten, bis die Bahnle abfährt. Doch habe ich nicht lange Gelegenheit meinen Gedanken nachzuhängen, denn bald kommen Arbeiter und Arbeiterinnen aus den nahen Fabriken und suchen Zuflucht vor dem Regen. Lustig plaudern die jungen Mädels. Aus ihren Gesichtern spricht die Freude, daß endlich diese Schufterei zu Ende ist. Die Arbeiter zünden sich ihr Pfeifchen an — die Schlote qualmen ...

Inzwischen hat auch ein elegant gekleidetes Dämchen mit ihrem „Herrn Papa" im Wagen Platz genommen. Kaum beim Eintritt rümpft sie die Nase — einige Sekunden mustert sie den Platz, ob sie sich auch setzen kann. Man merkt, sie fahren selten mit der Straßenbahn, in der Arbeiter fahren — sie habens nicht nötig. Die Gespräche verstummen. Die beiden passen nicht herein — das empfindet jeder. Einige Minuten ist es still. Auf einmal läßt die Tochter ihr „feines Stimmchen" ertönen: Papa, wir gehen weg, ich kann die Luft nicht vertragen. Ueber die Gesichter der Arbeiter geht ein leises Lächeln. — — Der „Herr Papa" und „Fräulein Tochter" erheben sich und gehen hinaus. Alle atmen auf! „Die soll nur mal in unsre Bude arbeiten kommen, da kann sie noch mehr riechen," sagt ein Arbeiter und durchbricht mit diesen Worten die Stille. „August der Stolze können wir uns nicht leisten oder solche Zigarren, wie der raucht." Der Herr Papa hatte sich inzwischen eine Havanna mit Bauchbinde angezündet. „Die hat in ihrem Leben auch noch keinen Scheuerhader in der Hand gehabt," erklärt eine ältere Arbeiterin. „5 Personen sind wir zu Hause in einem Zimmer — Küche, Kammer und Kinderbus — alles eins und da soll gute Luft sein, da soll man gesund bleiben?" „Ja, 15 Stunden möchten wir für das Luft arbeiten, damit sie in einer schönen Villa leben und Auto fahren können, wir aber gehen in Lumpen und wohnen in elenden Löchern!" Zornig spricht diese Worte ein Arbeiter. Alle geben ihm recht, auch der Schaffner stimmt zu.

Leider bin ich an meinem Ort angekommen und muß aussteigen. Dieses kleine Erlebnis hatte mich voll erfaßt. Das ist in Wirklichkeit die — „gottgewollte Ordnung". — —

Das Dämchen konnte den Schweißgeruch der Arbeiter nicht vertragen, für die Arbeiter und Arbeiterinnen aber ist die stickige Luft in den Fabriken und die dumpfe Luft in den Höhlen — genannt Wohnung — gut! Hier hilft kein Jammern und Wehklagen, diesem Pack gilt das Wort:

Den Daumen aufs Auge, —
Das Knie auf die Brust!

Durchstechereien beim Polizeipräsidium

Wegen am Donnerstag zutage getretener Durchstechereien mit Ausländern, die sich als schweres Amtsverbrechen darstellen, wurde heute der beim Polizeipräsidium Dresden beschäftigte Verwaltungsinspektor Hausmann, der bis zum Jahre 1920 im Paßamt des Polizeipräsidiums tätig war, vorläufig festgenommen. Hausmann hat unberechtigterweise Sichtvermerke an Ausländer erteilt. Welchen Umfanges die dienstlichen Verfehlungen Hausmanns sind, wird erst durch die weitere Untersuchung festgestellt werden müssen.

Was die Dresdner Papierausstellung 1927 bringt

Von der Vielseitigkeit der diesjährigen Papier-Ausstellung der Jahresschau kann man sich einen Begriff machen, wenn man sich die einzelnen Sondergruppen betrachtet, die von den Deutschen Kartonnagen-Fabrikanten (Berlin) zur Ausstellung gesandt werden. Es kommen u. a. zur Ausstellung die verschiedensten Arten von Schachteln, wie Falt-, Gürtel-, Schieber-, Kappen-, Etageren-, Apothekerschachteln, rund, eckig, Streudosen usw. Ferner die einzelnen Bezugskartonnagen für die verschiedensten Gebrauchsgegenstände, für Wäsche, Strümpfe, Krawatten, Damenschuhe, Luxuskartonnagen aller Art, Halbeis's, Bonbonnieren. Man wird ferner sehen Hülsen für Elemente, Kästen für Radio usw. in rund und eckig. Die Galanteriekartonnagen, die Papierkörbe, Handschuh- und Schmuckkästen dürften allerhand Neues bringen. Von besonderem Interesse ist natürlich auch die Imitation alter Truhen, Waffen usw., sowie Hartpapiergefäße, Papiermaché, Standgefäße und Lackwaren. Man sieht auch gefüllte Papp-Emballagen wie Flaschen, Schachteln, dann Halspelstreichen, Büroartikel, Spiele und Puppenmodelle, Prägeartikel wie Teller, Becher, Kalender und Sargverzierungen, Zigarrenetiketten und imprägnierte Papierwaren (wasser- und fettdicht) wie Dosen, Becher und dergleichen. Daß die Kotillon- und Scherzartikel nicht fehlen, ist selbstverständlich.

Nächtliche Tragödie. An der Ecke der Wettiner- und Könneritzstraße bestieg in der Nacht zum Sonnabend ein junger Schaffner einen Wagen der Linie 26. Dem Führer erzählte er, daß er sich vor Schulden kaum retten könne und deswegen in die Elbe springen werde. Diesen Entschluß führte er an der Augustusbrücke, ohne daß er daran gehindert werden konnte, aus.

Neue Straßenbahnhaltestelle. Am Dienstag, den 8. März, wird für die landwärtsfahrenden Wagen der Linie 14 auf der Straße Altpieschen, Ecke Moltkestraße eine Haltestelle errichtet. Sie wird „Moltkestraße und Altpieschen" abgerufen.

Verein für Volksgesundheit Loschwitz und Umg. Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr im Forsthaus, Loschwitz Grundstraße, Vortrag der Genossin Frau Fint über: „Gesundheitspflege im Orient", mit Vorführungen. Gäste willkommen

Aus Ostsachsen

Die Gemeindeverordneten von Niederpoyritz einmütig gegen den Mietwucher

Am 28. Februar fand im Gemeindeamt die 4. öffentliche Gemeindeverordnetensitzung statt. Der Zuschauerraum war gut besetzt. Der Bürgermeister gab eine Anzahl Mitteilungen bekannt. Für die Feuerwehr wurde die Errichtung eines Steigerturmes beschlossen. Die am Ort vorhandenen erwerbslosen Schlosser sind bei diesem Bau zu beschäftigen. Desgleichen wurde der Instandsetzung des Gemeindeamtsgrundstückes zugestimmt. In den Ausschuß des Gemeindeverbandes Loschwitz-Pillnitz wurden zwei Vertreter entsandt. Zu Punkt 6 der Tagesordnung brachte Genosse Spaltenholz eine Entschließung ein, die sich gegen die berüchtigte Hirtsiefer-Verordnung vom November 1926 und gegen die geplante Mietsteigerung richtete. In kurzen, klaren Umrissen zeigte Gen. Spaltenholz die gegenwärtige Wirtschaftslage der Arbeiterschaft auf, die sich in Rationalisierung, Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung und Erwerbslosigkeit widerspiegelt. Nach kurzer Aussprache wurde die Entschließung einstimmig angenommen und der Bürgermeister mit der Weiterleitung an die betreffenden Reichs- und Landesstellen beauftragt. Die Entschließung lautet:

1. Gegen die Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers Hirtsiefer vom 11. November 1926 (Herausnahme der Gewerberäume aus der Wohnungszwangswirtschaft) wird schärfster Protest erhoben. Die katastrophalen Auswirkungen dieser Verordnung in Berlin (Mietsteigerungen bis 600 Prozent) müssen ein Warnungssignal für die übrigen Länder sein. Von der Regierung des Freistaates Sachsen wird erwartet, daß sie die Einführung einer solchen Tausende von Kleingewerbetreibendenexistenzen vernichtenden Verordnung nachdrücklichst ablehnt.

2. Ebenso entschiedenen Widerspruch muß die durch die Reichsregierung gewünschte zweimalige 10prozentige Mietzinserhöhung herausfordern. Dieselbe bedeutet eine Belastung der Mieter mit einer Milliarde jährlich und wird außerdem eine gefährliche Steigerung der Lebenshaltungskosten herbeiführen. Für Erwerbslose und Kleinrentner wird dadurch eine neue Quelle von Sorgen geschaffen. Der Hausbesitz braucht die Mietzinserhöhung zur Hauswirtschaftung nicht. Soweit die Erhöhung für den Wohnungsbau beabsichtigt ist, können die Mittel anderweit gewonnen werden, nämlich durch Verwendung der Hauszinssteuer lediglich für den Neubau, die Aufbringung der Mittel für den allgemeinen Finanzbedarf dagegen über entsprechend gestaffelte Einkommen- und Besitzsteuern. Auch hier wird von der sächsischen Regierung erwartet, daß sie diese, die breiten Massen schwer belastende Erhöhung nachdrücklichst ablehnt.

Protest der Lausaer Gemeindeverordneten gegen die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft

Als erstes wurden einige Gesuche genehmigt sowie die teilweise Ausbesserung der Dorfstraße und der Kirchgasse beschlossen. Weiser stimmte das Kollegium der Errichtung eines Sprungturmes im Bad grundsätzlich zu. In der Nähe der Badezellen Venedig ist eine 40 Meter lange Ufermauer herzustellen. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird ein Bibliotheksausschuß eingesetzt. Der Mieterverein stellt erneut Antrag auf Einlegung eines Protestes gegen die Lockerung des Reichsmietenschutzgesetzes und der Wohnungszwangswirtschaft. Nach lebhafter Aussprache beschließt das Kollegium den in der letzten Sitzung gefaßten Beschluß über die Verlegung des gleichlautenden Antrages auf Einlegung eines Protestes gegen die Lockerung des Reichsmietenschutzgesetzes weiterhin aufrechtzuerhalten. Dagegen wird mit 8 gegen 4 Stimmen und bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen, gegen die beabsichtigte Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft Protest einzulegen. — Die kommunistische Fraktion beantragt die Bereitstellung von 4- bis 5000 RM aus Mitteln der Mietzinssteuer zur Ausleihung als Hypotheken auf Wohnungsneubauten kinderreicher Familien. Dieser Antrag wird zum Beschluß erhoben und die erforderlichen Gelder bewilligt.

Arbeiterpolitik in Neugersdorf

Auch bei uns zeigt sich immer deutlicher, daß die von der Sozialdemokratie so viel gepriesene Rationalisierung das Heer der Arbeitslosen vergrößert und die noch im Betrieb Stehenden noch mehr ausgebeutet werden als früher. Den Gemeinden erwachsen durch die Not der Minderbemittelten größere Aufgaben. War es schon in der Vorkriegszeit ein sozialdemokratischer Grundsatz, Steuern direkter als auch indirekter Art, abzulehnen, da sie doch immer wieder auf die Besitzlosen abgewälzt werden, so gilt das heute noch mehr. Daß die Sozialdemokratische Partei die früher diesem Grundsatz huldigte heute alles, was zum Aufbau des kapitalistischen Staates notwendig ist, bewilligte, zeigt nur, wie diese Partei geistig korrumpiert ist. Charakteristisch dafür war die am 20. Februar stattgefundene Stadtverordnetensitzung, in der der 40. Nachtrag der Grund- und Gewerbesteuer, der eine Erhebung von 150 Prozent vorsieht, vom Bürgermeister begründet wurde. In der sich hieran anschließenden Aussprache ergriff für die kommunistische Fraktion der Genosse Duischke das Wort. Er zeigte den Wert dieser Steuer und wie es den Hauspaschas möglich ist, die Steuer wiederum auf die Mieter abzuwälzen. Wenn heute ausreichende Mittel in den Gemeinden fehlen um soziale Fragen lösen zu können, so sei das ein Erfolg der betriebenen Politik der bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie. Bezeichnend ist, daß die Sozialdemokraten hier am Ort die wärmsten Befürworter der Zuschläge sind, während in einer ganzen Reihe anderer Gemeinden die SPD-Vertreter diese Steuer ebenfalls ablehnten. Die Bürgerlichen erklärten sich für die Steuer. Die Annahme des Nachtrages erfolgte gegen 3 Stimmen. Die vom Rat erfolgte Festsetzung jedoch wurde mit Mehrheit abgelehnt. Demzufolge kündigte man ein Einspruchsverfahren des Stadtrates an. — Das was wir Kommunisten vorausagten ist eingetreten. Gewissenlos und unverantwortlich treibt die SPD bürgerliche Kommunalpolitik. Die Kosten dafür hat die Arbeiterschaft zu tragen. Bedauerlich ist, daß bei uns bis jetzt noch keine Mieterorganisation besteht. Es wird höchste Zeit, daß die Mieter sich auch zusammenrotten und, um ihre Interessen zu verteidigen, sich in einer Mieterorganisation zusammenschließen. Nur durch organisiertes Vorgehen sind die Angriffe der Hausbesitzer abzuwehren. Jeder klassenbewußte Arbeiter gehört in die Kommunistische Partei. In jede Arbeiterwohnung gehört die Arbeiterstimme, das einzige Organ, das die Interessen der Werktätigen vertritt.

Lauknitz. Am 3. März wurde ein jüngerer Mann in der Lauknitzer Heide erhängt aufgefunden. Derselbe befand sich, wie sich herausstellte, auf Wanderschaft. Nahrungsmittelsorgen dürften der Grund für die Tat gewesen sein.

Schikanierung der Erwerbslosen

Crostta. Von einem Arbeitslosen wird uns folgendes geschrieben: Nach längerer Arbeitslosigkeit erhielt ich ein Schreiben vom Arbeitsnachweis Bautzen, worin mir mitgeteilt wurde, daß ich mich im Braunkohlenwerk Olba in Kleinsaubernitz zur Arbeit melden solle. So froh ich einerseits war, Arbeit zu bekommen, so erfaßte mich dennoch ein gelindes Grauen, als ich den Namen des Betriebes hörte. Das Braunkohlenwerk Olba ist weit und breit als Knochenmühle bekannt. Doch wollte ich nicht die Unterstützung verlieren, so mußte ich wohl oder übel gehen. Etwa 20 Mann waren nach dem Werk dirigiert, und nach langem Warten kam ein Herr, der die „Musterung" der Erwerbslosen für die „Brauchbarkeit der Ausbeutung" unternahm. 6 Arbeiter hatten „Glück" und durften für 42 Pf. Stundenlohn 10 Stunden täglich arbeiten. Daß bei solchen niedrigen Löhnen die Arbeitslust nicht gesteigert wird, ist ganz selbstverständlich. Dazu kommen die ungeheuren Ausbeutungsmaßnahmen, die bei der dortigen Arbeiterschaft Erbitterung hervorriefen. Aufgabe der Belegschaft sollte es sein, durch geschlossenes Auftreten der Firma zu zeigen, daß sie nicht gewillt ist, unter solchen menschenunwürdigen Bedingungen zu arbeiten. Jeder Arbeiter hat die Pflicht, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Nur durch geschlossenes Handeln ist es möglich, dieser Ausbeutung ein Paroli zu bieten.

Wehrsdorf. (Gemeindeverordnetensitzung) Zu Punkt Mitteilungen gibt Genosse Wolf eine Erklärung ab, worin er betont, daß Herr Bürgermeister Heinze sich geirrt hat bei der Darstellung seines Verhaltens im Finanzausschuß, und er nimmt das Wort Lügner zurück. Eine Verschlechterung bringt Punkt 2, wonach statt zwei Gewerkschaftsvertreter im Bestattungsausschuß zwei Gemeindemitglieder durch Aenderung des § 9 Abs. 2 des genannten Ortsgesetzes mit 8 gegen 7 Stimmen beschlossen wird. Punkt 3: Grund- und Gewerbesteuerzuschläge. Hier setzte eine ziemlich lange Debatte ein. Die zwei Vertreter des Gewerbevereins sprachen gegen die Zuschläge. Die SPD-Fraktion forderte einen Zuschlag von 150 Prozent. Genosse Wolf stellte alle beide Fraktionen vor das Bild, welches der Landtag bei dieser Frage gezeigt hat, und bedauerte, daß die SPD ihr Erfurter Programm nicht besser kenne. Die Abstimmung über 150 Prozent wurde mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Auf Antrag Schulze (Bürgerl.), 100 Prozent zu erheben, wurde bei Stimmenthaltung der SPD und einem Bürgerlichen (Herold) mit den Stimmen der 2 Gewerbeverordneten mit 7 gegen die 2 kommunistischen Stimmen angenommen. (Große Unruhe unter den Gewerbevereinsmitgliedern, welche stark im Zuhörerraum anwesend waren.) Zu Punkt 4 beschloß das Kollegium, für 1927 den Antrag auf Befreiung von der Ablieferung der Mietzinssteuer zu stellen. Verschiedene Beschlüsse des Bauausschusses betr. Wegebauarbeiten, Verlegung eines Gemeindeweges, erhalten Zustimmung. Zur Kenntnis wird genommen, daß nach einem Schreiben des Straßen- und Wasserbauamtes in diesem Jahre eine Strecke von 300 Meter Staatsstraße mit Kleinpflaster gelegt werden soll. Die Ueberlassung eines Sitzes im Wohlfahrtsausschuß für die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, welche in einer Eingabe darum bitten, wurde zurückgestellt, bis Klärung darüber gegeben ist, welche bei anderen örtlichen Wohlfahrtsorganisationen evtl. auch in Frage kommen könnten. (Gef.-Vorschriften.) Anschließend Dunkelkammer.

Radeberg. (Volkshochschule Radeberg.) Der erste Vortragsabend von Frl. Friederike Strätz, Dresden, innerhalb des 4 Abende umfassenden Zyklus „Aus großen Erzählern der Weltliteratur" findet am 18. März statt. Karten für Mitglieder zum Preise von 50 Pf. pro Abend (4 Abende 1,80 RM.), für Nichtmitglieder zum doppelten Preis, sind schon jetzt in der Geschäftsstelle der Volkshochschule zu haben. (Mitgliedskarte 80 Pf.). 1. Abend, 18. März: Russische Erzähler; 2. Abend, 25. März: Skandinavische Erzähler; 3. und 4. Abend, 1. und 8. April: Deutsche Erzähler.

Neugersdorf

Mittwoch, 9. März, abends 7,30 Uhr, in „Stadt Zittau"

Oeffentliche Versammlung

Mietsteigerung und Grund- und Gewerbesteuer.

Redner: Stadtverordneter Schrapel, Dresden.

Rundfunk

Dienstag, den 8. März:

4,30—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.
5,30—6 Uhr: Frauenfunk. Frau Regierungsrat Dr. Else Ulich-Beil, Dresden: „Weibliche Polizei."
6,05—6,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
6,30—6,55 Uhr: Deutsche Welle Berlin. G. van Eyseren und C. M. Alfieri: Spanisch für Anfänger.
7—7,30 Uhr: Vortragsreihe des ärztlichen Bezirksvereins: „Keimschädigung durch Alkohol."
7,30—8 Uhr: Goldschmied Otto Fischer, Dresden: „Vom Perlenschmuck."
8 Uhr: Wetternachrichten, Schneebericht und Zeitangabe.
8,15 Uhr: Die Neuvermählten. Schauspiel in zwei Akten von Björnstjerne Björnson. Deutsch bearbeitet von Wilhelm Lange. Spielleitung: Carl Blumau.
10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
10,15—12 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert.

Arbeiter-Radio-Klub, Freital, Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr im Gasthof zum Steiger Bastelabend. Bau einer Audion-Schaltung. — Dienstag, den 15. März, Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Witterungsbericht für den 7. und 8. März. Vorübergehend örtlich Regenschauer, im übrigen wechselnd bewölkt, Temperaturen schwankend, tagsüber im Flachland immer wieder mild. Süd- bis westliche Winde, in höheren Lagen zeitweilig ziemlich lebhaft.

Luftdruck. Tiefer Druck Nordwest- und Nordeuropa, Depression 735 Millimeter vor Süd- und Mittelnorwegen, Depression unter 715 Millimeter südwestlich von Island.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenteil: Bruno Goldhammer, Dresden, für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: „Peuvas" Druckereifiliale Dresden

Große Kundgebung

morgen Dienstag, 7.30 Uhr abends, im Kristallpalast

Redner: Dr. Schmincke, M. d. L., und Genossin Overlach Berlin, 2. Bundesführerin des Roten Frauen- und Mädchenbundes

Die Delegierten haben das Wort

Abrechnung mit der Opposition

2. Sitzungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Genossen Pieck erteilt das Wort der Genosse Lindemann für die

Mandatsprüfungskommission.

Auf dem Parteitag sind anwesend 183 gewählte Delegierte mit beschließender Stimme, 89 mit beratender und drei Genossen von der Revisionskommission. Außerdem sieben Genossen als Vertreter ausländischer Bruderparteien, 15 Mitglieder des ZK. (davon fünf Delegierte), fünf Kandidaten des ZK. Von den 28 Bezirkssekretären sind zehn Genossen Delegierte, 16 als Gäste anwesend. Ferner sind 21 Redakteure der Parteizeitungen, 56 geladene Gäste und eine Anzahl Pressevertreter auf dem Parteitag. Ein Mandat, und zwar das Mandat des Genossen Winschig (Niedersachsen) wird nicht anerkannt, da dort versehentlich fünf Delegierte gewählt wurden, obwohl dem Bezirk nur vier Delegierte zustehen. (Drei Richtungen der Opposition gehören also nur zehn Delegierte von 183 an.)

Die „konsequente" Kötter-Opposition

Vor Eingang in die Tagesordnung erhält Blan-Berlin das Wort zur Geschäftsordnung. Nach der Erklärung des Vorsitzenden soll Kötter jetzt für die dritte Oppositionsgruppe sprechen. Kötter ist Mitglied der Berliner Delegation. Die Delegation versteht nicht ganz, wie Kötter zum Ruhm des Führers der „größten Oppositionsgruppe" kommt. Kötter ist der Führer der „Weddinger Linken", ist im Wedding als Delegierter zum Bezirksparteitag gewählt worden, und zwar **auf der Liste der sog. Weddinger Opposition, nachdem er seine eigene Resolution zurückgezogen hatte!** Nur durch diesen Umfall, also durch die Aufgabe seiner eigenen Plattform auf der Delegiertenkonferenz, wurde er zum Bezirksparteitag delegiert. Auf dem Bezirksparteitag hat nun dieser Genosse Kötter einen erneuten Umfall gemacht. Er hat seine eigene Plattform wieder zurückgezogen und scheinbar etwas bekommen für die Resolution Grylewicz gestimmt (Große Heiterkeit). Genossen, ich glaube, die Heiterkeit des Parteitages ist das Urteil des Parteitages für diesen Vertreter der stärksten Oppositionsgruppe, der hier heute wieder mit seiner Plattform auftreten will. Ich beantrage, als Vertreter der Weddinger Linken einem Vertreter mit etwas mehr Charakterfestigkeit das Wort zu geben."

Nachdem Vogt, Leipzig, unter großer Heiterkeit festgestellt hatte, daß Kötter mit voller Billigung der „größten Gruppe" der Opposition seine verschiedenen Plattformen bezogen hatte (der oppositionelle Genosse Weber quittiert diese Erklärung mit dem Zuruf: Umfallsakrobaten!), erhält Kötter das Wort.

Die Opposition redet

Die Opposition mit den drei Plattformen

Kötter (wird von der Berliner Delegation im Sprechchor mit dem Ruf Chamäleon begrüßt).

Kötter: Genossen, um die Aufgaben der Kommunistischen Partei festzulegen, ist es notwendig, daß man sich klar wird über die voraussichtliche Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und der revolutionären Kämpfe, die in den nächsten Monaten zu erwarten sind.

Genossen, wir haben bereits auf der 6. Erweiterten Exekutive die Auffassung und die Festlegung der doppelten Perspektive bekämpft. Die 7. Erweiterte Exekutive hat die Aufstellung dieser doppelten Perspektive nicht wiederholt. Sie prägte dafür das Vorhandensein einer relativen, teilweise schwankenden Stabilisierung des Kapitalismus. Wir sind der Meinung, daß die gegenwärtige Zeit offensichtlich bekundet, daß die revolutionären Kämpfe möglich, täglich wahrscheinlich werden, daß der Kapitalismus in der jetzigen Epoche nicht in der Lage ist, die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus zu verhindern oder zu beheben. Wir sehen bereits auch in den Thesen den langsamen Rückzug des Zentralkomitees in dieser Frage. (Lachen). Genossen, als wir vor einigen Monaten sagten, als wir in unserer Plattform (Zuruf: In welcher? Heiterkeit) erklärten, daß wir gegenwärtig in einer Zeit der objektiv revolutionären Situation leben, da wurde in der deutschen Partei die Nachricht verbreitet, daß der Weddinger Linke auf dem Standpunkt stehe, wir seien gegenwärtig in einer akut revolutionären Situation. Wir sind der Meinung, wenn man die Lage des Weltkapitalismus charakterisieren will, kann man nicht, wie Genosse Thälmann, sagen, daß in einigen Teilen der Welt revolutionäre Situationen sind, während andere Teile stabilisiert seien. Wenn man der Meinung ist, daß in China eine revolutionäre Situation ist, so ist klar, daß diese Verhältnisse einwirken müssen auf die Lage des englischen Kapitalismus. Man kann also nicht sagen, daß der englische Kapitalismus stabilisiert sei. Die Gegensätze und Schwierigkeiten des Kapitalismus verschärfen sich zusehends, woraus wir klar erkennen können, daß die Voraussetzungen revolutionärer Kämpfe der Kolonialvölker gegen den Kapitalismus, der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und der Kapitalisten untereinander gegeben sind. Und wenn wir dieser Meinung sind, dann müssen wir in diesem gesamten Rahmen einpassen die Verhältnisse in Deutschland. Die Bürgerblockregierung ist unseres Erachtens die Regierung eines bestimmten Teiles der deutschen Bourgeoisie. Sowie zu Beginn des Jahres 1923 in Deutschland der Faschismus seine Orgien feierte, so sehen wir heute schon wieder, daß faschistische Banden sich organisieren und in den wichtigsten Industriezentren ihre Demonstrationen abhielten, ohne daß die Arbeiterklasse, von der Kommunistischen Partei geführt, ihnen mit der nötigen Energie entgegengetreten wäre.

Wenn wie 1923 die Faschisten sich organisieren, dann ist es notwendig, daß die Kommunistische Partei gegen Reaktion und Faschismus die schärfsten Methoden anwendet und Maßnahmen zum Kampf gegen die faschistischen Reihen ergreift, nicht nur in der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten.

Des weiteren ergibt sich aus der gegenwärtigen Situation in Deutschland die Notwendigkeit, den verschärften Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer aufzunehmen.

In dieser Situation besteht die Gefahr, wie sich das auch bereits manchmal praktisch erwiesen hat, daß auch die Kommunisten sich vom Gerede der sozialdemokratischen Arbeiter täuschen lassen und die Einheitsfronttaktik falsch, d. h. im opportunistischen Sinne, anwenden, um dadurch einen Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen den rechten Bürgerblock und die Rechtsregierung in Deutschland zu organisieren. Gerade in der jetzigen Situation ist dies festzustellen wichtig, weil wir bereits in der „Roten Fahne" Betrachtungen über die Schreibweise des „Vorwärts" lasen, die darauf hinausgehen und beweisen, daß man auch in der „Roten Fahne" nicht klar die Rolle erkannt hat, die die sozialdemokratischen Führer jetzt spielen, und der Meinung ist, die Einheitsfronttaktik im opportunistischen Sinne anwenden zu können, so wie das 1923 von Brandler geschehen ist. (Zuruf: Zum Beispiel?) Ich erinnere an den Artikel in der „Roten Fahne", der eine Besprechung des Alarmartikels des „Vorwärts" darstellt. (Zuruf: Was steht dort?)

Die Einheitsfronttaktik ist nach den Beschlüssen des 5. Weltkongresses nur eine Methode der Agitation und revolutionäre Mobilisierung der Massen. Sie darf niemals zu einer politischen Koalition mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie ausarten. (Zurufe: Sehr richtig!) Genosse Thälmann und auch der Genosse Dengel haben in ihren Ausführungen die Haltung der mecklenburgischen Landtagsfraktion mißbilligt, sie haben aber die Stellung der kommunistischen Landtagsfraktion in Sachsen verteidigt. Das ist ein Widerspruch. Wenn man für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Sachsen stimmte, damit man nicht mit den Deutschnationalen in eine Einheitsfront kam, dann mußte man demgemäß in Mecklenburg für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stimmen, denn sonst wäre man auch dort mit den Deutschnationalen in eine Einheitsfront geraten.

Wir sehen, daß die Begründung, die das ZK. für die Politik in Sachsen gibt, nicht stichhaltig ist und sein kann. Wir sind der Meinung, daß die Kommunistische Partei auch in Sachsen auf keinen Fall bedingungslos für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fleißner stimmen konnte. Daß die kommunistische Landtagsfraktion unter Billigung des ZK. diese Politik geführt hat, beweist, daß in diesem Fall die Einheitsfronttaktik falsch angewandt wurde. Praktisch bedeutete das Vorgehen in Sachsen nichts anderes, als eine politische Koalition mit sozialdemokratischen Führern.

Die Kommunistische Partei verlangt weiter bei Regierungskrisen, die sich im Reichsmaßstabe abspielen, die Auflösung des Reichstages, Neuwahl des Reichstages und Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Was müssen die sozialdemokratischen Arbeiter und der größte Teil der indifferenten Arbeiter über solche Parolen denken? In ihrer falschen Ideologie sind sie der Meinung, daß es möglich sei, durch die Auflösung und Neuwahl des Reichstages eine Mehrheit der sogenannten Arbeiterparteien, d. h. der Sozialdemokraten und Kommunisten zu erreichen. Die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" kann nach den Beschlüssen des 5. Weltkongresses nur im außerparlamentarischen Kampf aufgestellt werden und kann nicht das Produkt parlamentarischer Kämpfe sein. (Zuruf: Was für eine Weisheit!) Die Arbeiter- und Bauernregierung ist also zu stellen als eine Kampflosung, als das Produkt außerparlamentarischer Kämpfe und nicht als eine parlamentarische Kombination, wie das vom Zentralkomitee geschehen ist.

Diese vielen Abweichungen, die sich in den verschiedensten Teilen Deutschlands und in Teilen der Kommunistischen Partei zeigen, sind nichts anderes, als das Produkt einer gesamten falschen Linie, als das Produkt der falschen Anwendungen jener Einheitsfronttaktik und der falschen Anwendung der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung. Beweis dafür, daß die Genossen, die in der deutschen Partei vollkommen opportunistische Auffassungen vertreten haben, nach wie vor in ihren führenden Funktionen verbleiben. Während alle linken Elemente aus der Kommunistischen Partei ausgeschaltet und ausgemerzt wurden. (Zurufe: Wo denn?)

Auch in der Gewerkschaftsarbeit zeigen sich diese Auffassungen. Die Meinung, daß die Eroberung der Gewerkschaften die Voraussetzung für die Möglichkeit des Entscheidungskampfes wäre, ist vollkommen falsch (Lachen und Heiterkeit) und muß zurückgewiesen werden. Daß solche Auffassungen in der Partei vertreten werden, beweist eine Resolution der Jugendzentrale des KPD. Der Genosse Brann hat auf dem Bezirksparteitag in Niedersachsen versucht, diese falschen Auffassungen zu verteidigen. (Zuruf: Das ist ja eine bewußte Unwahrheit!)

Wogegen wir uns weiter wenden, das ist die Methode des Zentralkomitees, die Zellenorganisation in den Dienst der fraktionellen Interessen des Zentralkomitees zu stellen (große Heiterkeit) und durch die Zellenorganisation (erneute Zurufe) die Opposition zu schlagen (Heiterkeit).

Wenn der Genosse Pfeiffer in diesem Zusammenhang sagt, daß die Erwerbslosen der revolutionärste Teil der Arbeiterklasse sind, und daß deshalb diese Erwerbslosen das Fundament für die Politik der Opposition darstellen, dann sind wir stolz darauf, die Vertreter des revolutionärsten Teils der Kommunistischen Partei zu sein. (Gelächter.)

Wenn das ZK. nach den Beschlüssen des 11. Parteitages, die wir durchführen werden, den innerparteilichen Kurs fortsetzt, wie er seit dem Offenen Brief durchgeführt wurde, dann glauben wir nicht, daß die Partei die Stärke und Kraft haben wird, die notwendig ist, um die vor ihr stehenden Aufgaben zu erfüllen.

Ein Antrag des Genossen Galm, Hessen-Frankfurt, dem Genossen Kötter, der in seiner Rede die Partei nur kritisiert hat, ohne positiv zu sagen, was die größte Gruppe der Opposition an praktischen Vorschlägen hat, die Rede zu verlängern, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Weddinger Opposition

Für sie spricht der Gen. Weber:

Wenn wir hier überhaupt sprechen wollen in 10 Minuten, kann es sich lediglich darum handeln, anzudeuten die verschiedenen Auffassungen, die wir als Weddinger Opposition der Parteiführung und der Mehrheit des Parteitages entgegensetzen.

Vor mir liegt die Resolution des ZK. Ich bin überzeugt, Sie werden bei einer besseren Betrachtung, bei objektiverer Beurteilung Widersprüche in der Theorie des ZK. entdecken können.

Was gibt das ZK. als Hauptkennzeichen der gegenwärtigen Stabilisierung des Kapitalismus an? Zunahme der Weltproduktion, Steigerung des internationalen Warenumsatzes und Regelung der Währungsverhältnisse. Ich frage euch, welche Erscheinungen sind ausgeprägter, die positiven Erscheinungen der kapitalistischen Stabilisierung, wie sie hier aufgezählt sind, oder die zersetzenden Erscheinungen, die ebenfalls in der Resolution nicht weggeleugnet werden können? Ich stelle ferner gegenüber, ob die Radikalisierung, die wir überall beobachten können, nicht nur in England, sondern die wir in Deutschland gerade antreffen in der Situation, in der wir uns befinden im Jahre 1927, die dieses Jahr stempeln werden zu einem Jahre der Lohnbewegungen, der radikalsten Kämpfe um die Existenz der Arbeiterklasse.

Wir haben abgesehen davon, die Behauptung der Zunahme der Weltproduktion usw. zu widerlegen, auf die gewaltigen Widersprüche zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeiten hinzuweisen. Wenn wir das aber noch hinzunehmen, so muß jedem bei der Begründung der Stabilisierung durch das ZK. ein erheblicher Zweifel auftauchen.

Bei der Behandlung der Durchführung einer kommunistischen Politik in Deutschland und in der Welt begegnen wir natürlich in den Thesen den tollsten Widersprüchen. Wie man eine Stabilisierung mit zunehmender Wirtschaftskrise nebeneinander feststellt, das dürfte das Geheimnis unserer führenden Parteitheoretiker und Strategen sein.

Widersprüche finden wir auch in den verschiedenen Formulierungen. Wir haben eine Reihe Formulierungen, die in Worten und Phrasen ohne Zweifel Konzessionen an linke Stimmungen sind. Konzessionen, die uns zeigen, daß zwar das ZK. und die Partei keine richtige Linie haben in der Frage der Einschätzung der Lage, eine Linie, die ganz unmarxistisch ist, die aber auf der anderen Seite den unauslöschlichen linken Stimmungen in der Partei einige Brocken hinschmeißen muß. Das sieht man vor allem in den Formulierungen zu der Lage in Deutschland selbst. Ich könnte euch eine ganze Reihe solcher Dinge nennen, wie man z. B. betont, daß man jetzt mehr mit außerparlamentarischen Mitteln arbeiten muß, daß man von den zunehmenden Radikalisierungstendenzen spricht und auf der anderen Seite die Konsolidierung der Bourgeoisie feststellt, das kommt alles in einem Satze vor.

Auch in einer Reihe anderer Fragen, den praktischen Aufgaben der Partei, in der Frage der Nationalisierung, des neuen deutschen Imperialismus, sind erhebliche Differenzen und Widersprüche vorhanden.

Nach dem Vertreter der Weddinger Opposition sprach als Vertreter der Urbahns-Gruppe der Genosse Bartels.

Eine provokatorische Erklärung

Bartels verlas eine Erklärung, da es ihm nicht möglich sei, den Standpunkt seiner Gruppe ausführlich darzulegen. (Sie zählt auf dem Parteitag ganze zwei Delegierte!) Diese Erklärung wurde von den Delegierten des Parteitages fast bei jedem Satze mit stürmischem Widerspruch aufgenommen. Es erübrigt sich, auf sie näher einzugehen. In der Erklärung wird nach der Parteidiskussion, die niemals vorher so gründlich in der KPD. in allen ihren Zellen durchgeführt worden war, wie zu diesem Parteitag, aufs neue die Behauptung aufgestellt, daß die Parteimehrheit den Kurs der Strangulierung und der Niederknüppelung der Opposition fortsetzen will". Ihr parteifeindlicher Charakter kommt zum Ausdruck in der durch alle Tatsachen widerlegten Behauptung, das heutige ZK. könne trotz der günstigen Situation nur auf eine Reihe von Mißerfolgen zurückblicken. „Überall hätte die Partei den die Partei zerstörenden und lähmenden opportunistischen Kurs eingeschlagen, unklare Scheinlösungen aufgestellt. Dann maßt diese Gruppe in der gleichen Erklärung der Partei Vorschläge zu machen, und dem Parteitag zu sagen, „er begeht eine schwere politische Unterlassungssünde, wenn er nicht beschließt, die von der Urbahns-Gruppe vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Interventionsgefahr durchzuführen." Daß die Gruppe entschlossen ist, ihre parteizerstörerische Arbeit fortzusetzen, geht aus den letzten Zeilen der Erklärung hervor, in denen es heißt: „Indem wir diese Erklärung abgeben, solidarisieren wir uns ausdrücklich auf der Tribüne (!) dieses nach dem Ausschluß der führenden oppositionellen ZK.-Mitglieder einberufenen Parteitages mit den ausgeschlossenen Genossen Maslow, Ruth Fischer usw." „Wir fordern Rückgängigmachung der zu Unrecht erfolgten Ausschlüsse. Für diese Forderungen werden wir innerhalb der Partei weiter kämpfen, auch dann, wenn dieser Parteitag, der die Stimmungen der Mitglieder nicht widerspiegelt, weitere Terrormaßnahmen gegen die Linke beschließt und höhnisch über unsere sachlichen Vorschläge hinweggeht." Unterschrieben vom Bartels, Grylewicz und Schlicht. Nach Verlesung dieser provokatorischen Erklärung vermochte der Vorsitzende des Parteitages nur kaum die Empörung des Parteitages zu beruhigen. Mit demonstrativem Beifall nahm der Parteitag die folgende Zurückweisung der Provokation durch den Genossen Pieck auf:

„Ich glaube im Namen des Parteitages zu handeln, wenn ich diese nur als Provokation gedachten Ausführungen des Genossen Bartels energisch zurückweise. Ich glaube feststellen zu können, daß die Genossen und die Leute, die diese Erklärung formulierten, bereits an ihrem vollständigen politischen Bankerott angelangt sind, und daß der Genosse, der diese Erklärung verlas, sich bemüht ist, daß die Partei sich solche Unverschämtheiten nicht mehr gefallen lassen wird. Der Genosse, der diese Erklärung verlas, hat sich schon eine ähnliche Provokation auf dem Berliner Bezirksparteitag zuschulden kommen lassen und der Berliner Bezirksparteitag und die Delegation haben diese Unverschämtheit damit beantwortet, daß sie Bartels für vollständig ungeeignet erachteten, die Interessen der Partei überhaupt noch zu vertreten. Ich glaube, mit dieser Zurückweisung ist das erste zu dieser Erklärung gesagt. Alles andere wird noch durch die Genossen zum Ausdruck gebracht werden, die in der Diskussion zu Worte kommen."

Eine letzte Warnung

Darauf erhält Thälmann zu einer Erklärung das Wort:

Thälmann. Das ZK. hat Stellung genommen zu zwei Resolutionen, die nachträglich von der Opposition eingereicht wurden. Das Pol. Büro und das ZK. haben beschlossen, daß wir es nicht verantworten können, eine solche Provokation drucken zu lassen und den Delegierten zu unterbreiten. Der Ernst der Situation, die Notwendigkeit der Verschärfung unserer revolutionären Arbeit, die großen Aufgaben, die wir uns stellen, und die Einheit und Geschlossenheit der Partei um diese großen historischen Aufgaben zu erfüllen, lassen es nicht zu, daß wir weiter unsere Energie auf die parteizerstörerischen Versuche einiger weniger verirrter Parteimitglieder und ihrer Hintermänner verschwenden.

Wir warnen diejenigen Genossen der parteifeindlichen Fraktionen, die wir noch in der Partei dulden, weil wir ringen und kämpfen um jeden revolutionären Arbeiter, unsere revolutionäre Geduld nicht länger auf die Probe zu stellen. Ich teile dem Parteitag mit, daß die ausgeschlossenen Renegaten Maslow, Fischer, Urbahns Scholem usw. für Sonnabend eine Konferenz in Essen organisieren und versuchen, oppositionelle Delegierte des Parteitages an der Teilnahme zu bewegen.

Wir stellen den Antrag, der Parteitag möge jeden Genossen warnen, an dieser Sitzung teilzunehmen; die Verbindung mit den ausgeschlossenen Parteifeinden und die Beteiligung an Fraktionssitzungen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft der KPD. Der 11. Parteitag wird den Abschluß der Fraktionsarbeit bringen.

Die Bezirke antworten

...tzsch, Hamburg. Genossen, in Anbetracht der Erklä... Vartels, der sich hier als ein Beschützer der Sowjet... und sozusagen als der Rufer im Streite im Konflikt zwi... England und Sowjetrußland fühlt, stelle ich zunächst fest, ... die Delegation Wasserkante eine Gruppe Urbahns nicht ... Urbahns war einmal in unserem Bezirk, aber er war ... der in Moskau, als er gefragt wurde, warum Maslow nicht ... gekommen sei, um sich zu rechtfertigen, antwortete: „Wir haben ... das geringste Vertrauen zu den Einrichtungen der Sowjet... Regierung." Vartels, der auf dem Standpunkt Urbahns in ... Frage steht, hat also heute die Scheinverteidigung der ... Union gegen die Intervention nur vorgenommen, um ... Genossen, die noch nicht völlig mit der Parteilinie einverstanden ... aber absolut das Verhalten dieser Gruppe gegenüber der ... Partei-Linien mißbilligen, für die Opposition einzufangen. Wo ... Meinungsverschiedenheiten herrschen, alle Genossen wer... sich überlegen, daß mit Vartels zu gehen, ein Schritt ist, ... außerhalb der Partei führen muß.

... eine Krise in der Partei, wie sie dauernd von der ... Opposition antoniert wird, die vom nichts als von Mißerfolgen ... Aktionen in der Partei spricht? **Die Opposition verwechselt ... die Partei mit ihrer Gruppe.** In Wirklichkeit besteht ... eine Krise in der Partei, sondern eine dauernde Schwind... ... innerhalb der oppositionellen Gruppe. Eine Illustra... ... dazu ist die Anzahl der Delegierten, die auf weitgehend ... demokratischer Basis für die Opposition zum Parteitag gewählt ... Die Opposition will, daß die gesamte Diskussion auf ... Parteitag sich nur mit ihr beschäftigt, damit über die prak... Aufgaben, die vor der Partei stehen, nicht diskutiert wer... kann. Das gesamte Interesse soll sich auf diese 10 Genossen ... konzentrieren und die übrigen 173 Delegierten sollen sich zuschauen ... lassen. Das Vergnügen werden wir ihnen nicht machen. ... stellen fest, eine entgegengesetzte Analyse der Situation. ... gegenüber der Parteileitung wurde weder von Köttgen noch ... von den übrigen Oppositionellen versucht, geschweige denn ... Die zentrale Aufgabe der Partei, besteht darin, die ... weiter zum Widerstand gegen die Rationalisierung, gegen die ... gemeine Offensive der Unternehmer zu mobilisieren. Es gibt ... 2 bis 3 **Monaten eine Welle von Lohn- und Arbeitskämpfen** ... es ist notwendig, **daß der Parteitag sein Interesse auf diese ... praktischen Aufgaben richtet und nicht mehr über die Opposition** ... diskutiert, **das haben wir seit 20 Monaten getan.** Nur durch ... wirklich revolutionäre Gewerkschaftsarbeit werden wir in ... Deutschland von der Defensive der Arbeiterschaft in die Offensive gegen die Unternehmer übergehen. **Das ist viel schwerer als ... in dem Ressort „Kritik" zu arbeiten.** Die Partei hat ... gelernt, selbst Kritik zu üben, sie hat gelernt, ihre Fehler und ... Schwächen aufzuzeigen, aber keinem Genossen ist es gestattet, ... Kritik zu üben. Die sachliche Kritik muß Allgemeingut ... der Partei werden, das ist die Voraussetzung für jede Entwicklung der Partei. Seit dem offenen Brief stellen wir eine Konsolidierung der Partei, Erfolge der Partei und immer stärkere Drang der Mitglieder zur praktischen Arbeit und zum Schluß der Diskussion fest. Das ist ein gesunder Geist und wir werden auf dem Parteitag ein Zentralkomitee wählen, das die Gewähr dafür bietet, daß die eingeschlagene Linie fortgesetzt wird. (Beifall).

Pfeiffer, Berlin. ... die einheitliche Meinung der **Berliner Delegation mit der Hamburger, der Opposition, die in der Partei lange nicht mehr die Bedeutung hat, wie sie erträumt, den Willen zu tun,** sich durch die Diskussion ... zu lassen, sondern die positiven Aufgaben zu stellen. ... der wichtigsten Ergebnisse der Durchführung der Politik des Offenen Briefes war die Umstellung auf Betriebszellen. ... kamen wir von der abstrakten Phraseologie und der Politik der Isolierung von den Massen zur Durchführung der politischen Parteiaufgaben und zur stärksten Unterstützung der Politik der Partei durch die unteren Parteiorgane. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn die Opposition die Umstellung kritisiert. Wir müssen in Berlin einen erbitterten Kampf durchführen, können aber feststellen, daß die großen Diskussionen in der Partei wesentlich zur politischen Belebung und Festigung der Betriebszellen beitrug. Dafür einige Zahlen: An der Diskussion über das Ergebnis der 6. Erweiterten Exekutive beteiligten sich in den Zellen insgesamt 52,4 Prozent der Mitgliedschaft. Ich frage, ob je in der Wohnorganisation eine solch große Ziffer zu verzeichnen war. Bei der russischen Diskussion diskutierten manche Zellen, zwei-, ja dreimal, ehe sie entscheidende Beschlüsse faßten. Man aber versteht die Betrübnis der Opposition, nachdem Genossen wie Hesse, früher Pol.-Leiter im ... Verwaltungsbezirk; Jädicke, im 6., oder Schlecht, Mitglied des ZK. und Winkler, Mitglied der Bezirksleitung, in Berlin ... ihrer Zelle nicht einmal mehr als Delegierte zu einer Delegiertenkonferenz die 8 Stimmen aufbringen konnten, die nötig waren.

Jetzt müssen die positiven Parteiaufgaben mit der gleichen Energie in den Zellen gestellt werden. Der Einfluß der Partei wächst viel rascher als die Mitgliedschaft. **Deshalb müssen die sympathisierenden Schichten viel stärker erfaßt werden. Wir müssen uns mehr auf die wichtigsten Betriebe und die wichtigsten Industriestädte konzentrieren, und die Gewerkschaftsarbeit besser fundieren. In allen Städten steht als Hauptaufgabe die Verlegung der Gewerkschaftsarbeit in die Zellen, die Eroberung des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers in den Betrieben als Voraussetzung zur Eroberung der Gewerkschaftsleitungen und entscheidende Gewerkschaftsfunktionen, die wir in unserem Kampfe um die Macht unbedingt brauchen.**

Schröter, Halle-Merseburg. Der Parteitag muß den Mitgliedern den neuen Weg der Partei klar und deutlich aufzeigen. Bezirksparteitags- und Parteitagszusammensetzung beweisen zur Genüge, daß die neue Linie richtig ist. Das kommt auch in den Erfolgen der Partei in dem letzten Jahre zum Ausdruck. Im Gegensatz zu allen Oppositionsrednern unterstreichen wir, daß es der Partei gelungen ist, wieder das Vertrauen der breiten Massen der Werktätigen zurückzugewinnen. In der Volksentscheids-Kampagne war es uns möglich, Millionen von Arbeitern hinter die Losung der Partei zu sammeln und die SPD.-Führung zu schlagen. Das drückt sich in der immer stärkeren Opposition in der SPD. aus. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn die Opposition hier behauptet, wir hätten unsere wichtigsten Positionen verloren, unser Einfluß in den Gewerkschaften sei gesunken. Im Bezirk Halle-Merseburg gelang es uns, bei den Wahlen im Jahre ... unseren Einfluß um 40 bis 50 Prozent zu steigern. Wir haben ... sozialdemokratische Gewerkschaftskartelle erneut in den Händen und ... Ortsverwaltungen erobert. Z. B. in Halle, wo uns das Gewerkschaftskartell durch die falsche Politik der Ruth-Fischer-Zentrale aus den Händen gerissen wurde, sind wir drauf und dran, es uns wieder zu holen. Wir haben eine Landeskonferenz der Werktätigen durchgeführt mit 408 Delegierten, darunter ... Sozialdemokraten und 137 parteilose Arbeiter. Wir konzentrieren unsere Kräfte in den Großbetrieben. Ich erinnere an den gewaltigen Aufbau des Chemietrusts, der jetzt in der Periode der akuten Kriegsgefahr eine besonders große Bedeutung gewinnt. **Innerhalb von 8 Monaten haben wir 3000 neue Mitglieder gewonnen und unsere Abonnentenzahl um 1800 gesteigert.**

Keine Verzettelung und Vertrödelung der Kräfte mehr mit Auseinandersetzungen mit der Opposition, Mobilisierung der Partei und Sammlung für die kommenden revolutionären Aufgaben! (Großer Beifall.)

Mildenstrer, Erzgeb.-Vogtland. Es heißt hier, uns nicht in Gegensätzen verzetteln, sondern unsere Erfahrungen austauschen. In unserem Bezirk ist nicht nur ein besonders scharfer Faschismus, sondern auch die radikalste Richtung der Sozialdemokratie. Das Ergebnis der letzten Wahlen in Sachsen zeigt, daß wir in Sachsen weit vorwärts gekommen sind, in manchen Orten sogar die Sozialdemokratie geschlagen haben. Das haben wir gegen den Gewerkschaftsapparat, der Ueberlegenheit der SPD.-Presse nur erreicht dadurch, daß wir die sozialdemokratischen Arbeiter nicht in gehässiger Weise angegriffen, sondern uns mit ihnen in den Betrieben kameradschaftlich über alle Dinge beraten und dennoch gleichzeitig, besonders die linken Führer, aufs schärfste bekämpft haben. Die Taktik zur Regierungsbildung war richtig. Wir hatten überall die Initiative, wir haben alle Fragen in der breiten Oeffentlichkeit diskutiert und wenn es die anderen Bezirke auch so machen, werden sie ebenfalls unsere Fortschritte erzielen. Die Delegierten vom Erzgebirge-Vogtland stimmen den Thesen des Zentralkomitees zu. Mit einer derartigen Opposition, wie sie sich hier aufgetan hat, haben wir nichts gemein.

Gen. Böttcher. Die Frage der Entwicklung des linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung ist die entscheidende Frage für unsere Politik überhaupt. In der Partei besteht heute Klarheit darüber, daß der Weg zur Revolution nur gehen kann über die Vernichtung der Sozialdemokratie. Aber wir werden immer Auseinandersetzungen haben über das Wie der Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses und über die Methoden im Kampf gegen die Sozialdemokratie. In diesem Sinne war vielleicht das Experiment der Ultralinken geschichtlich notwendig. Wir sehen heute eine sehr starke Fraktionsbildung innerhalb der SPD., die vielfach weiter geht, als allgemein bekannt ist. (Spaltung der SAJ. in Leipzig und Berlin.) Es besteht aber ein offener Widerspruch zwischen der Stärke der Opposition in der SPD. und unserem Einfluß auf sie. Wir könnten größere Erfolge haben. Die objektiven Schwierigkeiten unserer Arbeit auf diesem Weg bestehen in folgendem: Der Imperialismus verschmälert die Basis des Reformismus und schafft die Voraussetzungen zu zentristischer Gruppenbildung. Die zweite Schwierigkeit besteht in der parlamentarischen Scheinopposition der SPD. im Reich. Drittens besteht die Tatsache, daß in der Gewerkschaftsbewegung die linken Führer Kämpfe geführt haben und noch führen werden. Der Leipziger Metallarbeiterstreik ist ein Beweis dafür.

Die Politik der KPD. gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern hat noch Mängel. **Der Offene Brief hat verlangt, daß für uns die sozialdemokratischen Arbeiter nicht nur ein Agitationsobjekt, sondern Klassenbrüder sein sollen.** In der vorliegenden Resolution ist eine mechanische Formulierung über unsere Stellung gegenüber der linken Sozialdemokratie enthalten. Es ist richtig, daß die linken sozialdemokratischen Führer gefährlicher und schwerer zu entlarven sind. **Aber man darf** das nicht so grob mechanisch formulieren, sonst könnte man zu der Auffassung kommen, Cook sei gefährlicher als Macdonald. Die scharfen Differenzierungen müssen konkreter formuliert werden. Durch systematische Anwendung der Einheitsfronttaktik müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern helfen, die Lehre aus der Politik ihrer Partei zu ziehen und zum Kommunismus zu kommen.

Als nächster Redner spricht ... Ruhrgebiet. Wir haben im Ruhrgebiet ein Musterbeispiel für die Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung. Es ist kein Zufall, daß gerade Thyssen in Hamborn Ende 1923 als erster den Angriff auf die Arbeitszeit eröffnete. Natürlich ist bei der Durchführung der Rationalisierung die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit nicht allein maßgebend. Auch gewisse technische Verbesserungen in den Betrieben spielen eine Rolle, durch die noch mehr aus der Arbeiterschaft herausgepreßt werden soll. Der ungeheure Einfluß der Vertrustung gerade im Ruhrgebiet ist bekannt. **Die Zusammenballung großer Arbeitermassen auf kleinem Gebiet bildet für uns den Boden, um eine schlagkräftige Arbeiterschaft herauszukristallisieren.** Während die Produktion gesteigert wird, sinkt die Lebenshaltung der Arbeiter ständig. Der Förderanteil der Bergarbeiter ist seit 1913 bis 1926 um 31 Prozent gestiegen. Der Lebenshaltungsindex stieg um 40 Prozent, der Lohnanteil dagegen nur um 20 Prozent. Redner wendet sich gegen die falsche Auffassung der ultralinken Genossen in der Frage der Stabilisierung. Wir können die Rationalisierung nur innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften bekämpfen. **Das gewerkschaftliche Verhältnis ist aber absolut ungenügend.** Die Tatsache, daß wir im Ruhrgebiet in 172 Betrieben 391 Betriebsräte haben, zeigt unseren Einfluß auch unter den unorganisierten Massen. Trotzdem ist es uns nicht gelungen, einen Kampf zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter auszulösen. Redner schließt seine Ausführungen mit der Forderung nach Beendigung der Diskussionen und der Fraktionsarbeit. Nur im geschlossenen Kampf kann die Partei ihre Aufgaben durchführen. (Beifall.)

Ernst Meyer. Mein Vorredner hat sich falsch ausgedrückt, wenn er gegen die Kritik am Zentralkomitee und den Bezirksleitung sprach. Er meinte offenbar, daß in Zukunft an Stelle einer fraktionellen Kritik eine sachliche kameradschaftliche Kritik und gegenseitige Hilfe treten soll.

Die Oppositionsredner behaupten hier, die Partei habe durch eigene Schuld an Einfluß gegenüber der SPD. verloren. Das Gegenteil ist richtig. Unser Einfluß in der Arbeiterschaft seit dem Offenen Brief ist gewachsen. Wenn unsere Erfolge nicht noch größer waren, so liegt das zum Teil daran, daß die Ruth-Fischer-Politik unsere Position in den Gewerkschaften zerstört hat. Helfen kann daher **nicht Rückkehr zu dieser falschen ultralinken Politik, sondern systematische zähe Anwendung der Einheitsfrontpolitik.** Voraussetzung dafür ist u. a. richtige Erkenntnis und Ausnutzung der Differenzierungen innerhalb der Sozialdemokratie. In der SPD. gibt es drei Strömungen: die rechte SPD., die zentristische „linke" SPD. und eine revolutionäre Arbeiteropposition. Der rechten SPD., den Agenten Chamberlains im Kampfe gegen die Sowjet-Union, gilt unser schärfster Kampf. Die **„linken"** SPD.-Führer spielen **objektiv die gefährlichste Rolle,** aber in der Polemik gegen sie, dürfen wir nie Lenins kluges Wort vergessen: **„Den Kampf gegen den Zentrismus auch nur ein wenig übertreiben, heißt den Zentrismus stärken."** Die oppositionellen Arbeiter, die sich an der Rußland-Delegation und am Kongreß der Werktätigen beteiligten und ehrlich den Klassenkampf wollen, müssen wir durch Besprechungen heranziehen und mit ihnen gemeinsam im Betrieb und in der Gewerkschaft operieren. **Für die Opposition dagegen ist die SPD. ein einheitliches konterrevolutionäres Gebilde.** Diese „linke" Taktik hat die Partei in der Ruth-Fischer-Zeit an den Rand des Verderbens gebracht. Trotzdem will die Opposition sie wiederholen. Die Mehrheit der Partei wird dagegen vom Boden der Kommintern aus die richtige Taktik gegenüber der SPD. noch konsequenter verfolgen.

Darauf spricht Gen. **Richter,** Westsachsen. In unserem Bezirk sind die Fragen der Parteitaktik wohl am breitesten diskutiert worden. Die Zusammensetzung unserer Delegation zeigt, daß die Opposition noch ziemlich stark verankert ist. **Das Auftreten der Opposition hat unsere Arbeit gehemmt.** Es ist bezeichnend, daß die Ultralinken den Kongreß der Werktätigen als einen Fassaden-Kongreß bezeichnet haben. Die Landtags- und Gemeinderatswahlen waren ein Erfolg für die Partei. Wir brauchen besonders in Westsachsen eine **Konzentration der Kräfte der Partei. Es gibt bei uns einen Teil Mitglieder, die sich zu Spezialisten für Parteidiskussionen ausgebildet haben,** anstatt uns in der praktischen Arbeit zu helfen. Redner spricht ... über die Werbung **neuer Mitglieder und verlangt die Abhaltung einer Parteischule. Gen. Richter schließt mit einem Appell die Gesamtkraft der Partei nicht in der Diskussion zu verzetteln, sondern einheitlich und geschlossen an die Arbeit zu gehen.**

Gen. Ifland, Thüringen, weist im Namen der gesamten Thüringer Delegation die unberechtigte Kritik des Genossen Vartels zurück. Nicht die jetzige Bezirksleitung und nicht das ZK., sondern die Ruth Fischer, Schwarz und Konsorten haben uns die Arbeit im Bezirk zerschlagen. Als Delegierter eines Großbetriebes kann ich am besten die Wirkungen der Macht des Trustkapitals im Kampf für die Niederdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft beurteilen. Gegen diese Maßnahmen müssen wir den Kampf aufnehmen. Das ist in allererster Linie nur möglich durch eine **praktische leninistische Gewerkschaftsarbeit.** Gerade hier hat die Ruth-Fischer-Zentrale am meisten gesündigt. **So hatten wir in Ost-Thüringen einen Gau der Textilarbeiter von 44 000 Mitgliedern und 15 Zahlstellen in unserer Hand. Wir hatten außerdem die Mehrheit in vielen Großbetrieben, sowie in einigen Zahlstellen des Metallarbeiterverbandes. Nach knapp halbjähriger Tätigkeit der Ruth-Fischer-Zentrale waren diese Erfolge vernichtet. Schwarz ging sogar so weit, in Thüringen eine eigene Gewerkschaftsorganisation aufzuziehen. Erst seit dem Offenen Brief haben wir wieder einen allmählichen Aufstieg zu verzeichnen.** Redner geht auf die Erwerbslosenfrage ein und teilt mit, daß der Bezirk Thüringen eine eigene Erwerbslosenzeitung, angefangen mit einer Auflage von 6000 Stück, herausgegeben hat, die heute schon 12 000 Leser zählt. Die Rußland-Delegationen waren für unsere Arbeit von größtem Wert. Gen. Ifland schließt seine Ausführungen mit folgendem Appell an die Ultralinken: **Ueberlaßt die Begeisterung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der antibolschewistischen Liga, überlaßt die gemeine Verdächtigung, daß das Zentralkomitee unserer Partei konterrevolutionär und reformistisch sei, den Reformisten. Tragt gemeinsam mit uns dazu bei, das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Kommunistischen Partei zu stärken, nur dann werden wir den Sieg über die Konterrevolution davontragen.** (Lebhafter Beifall, Bravo-Rufe).

Erdmann (Agitprop-Abt. des ZK.) Der Wille der Partei, die Kräfte der Partei zu steigern, kommt u. a. zum Ausdruck in den zahlreichen Anträgen, die sich mit den Propaganda-Aufgaben beschäftigen. Die Hauptlehre der letzten Kampagnen der Partei besteht in der Erkenntnis der Notwendigkeit der **Hebung des politischen Niveaus der Zellenarbeit,** weil das eine der Voraussetzungen ist, um die Masse der Parteimitglieder zur Massenagitation und Propaganda heranzuziehen und die eigene Initiative der unteren Parteiorgane zu entwickeln. Deshalb ist es vor allem auch nötig, in der Weise die Voraussetzungen für die Durchführung der Parteitagsbeschlüsse zu schaffen, daß in allen Zellen ein **Kursus zur theoretischen Durcharbeitung der Parteitagsbeschlüsse** stattfindet. Darüber hinaus ist es notwendig, breitere Kreise von Arbeitern zur Agitation heranzuziehen. Dazu sind vor allem die regelmäßigen **Sympathisierenden-Versammlungen der Zellen, die Elementarkurse mit Sympathisierenden,** die Organisierung von **Arbeiter-Selbstbildungszirkeln** durch die Betriebs- und Straßenzellen, die Organisierung von **Arbeiterbildungsvorträgen und die Abhaltung von Einzelvorträgen für die Freunde der kommunistischen Presse** notwendig.

Zur wesentlichen Unterstützung der mündlichen Beeinflussungsmethoden muß ein weiterer Ausbau des Betriebes der Massenflugschriften geschehen. Dabei gilt es vor allem das Augenmerk zu richten auf die **Organisierung des unteren Literaturapparates** in den Ortsgruppen, Betrieben, Betriebsabteilungen und Wohngebieten. Von besonderer Bedeutung ist die Herausarbeitung und Anwendung neuer Agitationsmethoden. Insbesondere gilt es, die agitatorische Kraft der Versammlungen und Veranstaltungen durch **Filmvorführungen, Sprechchor, Aufführung von Szenen** usw. zu verstärken. Die gegnerische imperialistische Agitation und Propaganda mit Hilfe des Films in öffentlichen und Belegschaftsveranstaltungen zeigt uns, wie notwendig es ist, mehr als bisher den Film in den Dienst der Massenagitation zu stellen. Zugleich ist es notwendig, daß Agitationsmaterial der Partei zu konkretisieren und individualisieren, in dem mehr Wert gelegt wird auf die **Herstellung eigenen Agitationsmaterials durch die Betriebs- und Straßenzellen.**

Auf dem Gebiete der **Propagandatätigkeit** müssen wir dazu übergehen, besonders die **Schulungsarbeit im Reichsmaßstabe planmäßig** zu organisieren. Bei Durchführung der Elementarkurse in den Zellen hat sich ein großer Mangel an geeigneten Lehrkräften gezeigt. Deshalb muß eine besondere **Schulung proletarischer Kursuslehrer in Propagandistenkursen** geschehen. Darüber hinaus sollen in allen Bezirken **Bezirksfunktionärkurse als Wochenendkurse** stattfinden, um systematisch die leitenden Funktionäre theoretisch zu schulen. Die Durchführung der genannten Aufgaben ist eine wichtige Voraussetzung, um die Beschlüsse des Parteitages in die Tat umzusetzen.

Gen. Schulte, Niederrhein. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen steht erst im Anfang und der Einfluß in den Großbetrieben ist viel zu gering. Die Verbindung zwischen den Bezirksleitungen und den Betriebszellen ist noch äußerst mangelhaft. Redner weist auf die Schwierigkeit der Herstellung von Betriebszeitungen hin. Die Hauptarbeit der Zelle im Betrieb muß Gewerkschaftsarbeit sein. Wir müssen wirkliche aktive Arbeit in der Org.-Abteilung schaffen. Die Arbeit der Zelleninstrukteure hat bisher versagt. Uebergehend zur Frage der Einheitsfronttaktik weist der Redner besonders auf die **Wichtigkeit der Erfassung der christlichen Arbeiter** hin. Dabei müssen die Erfahrungen der Volksentscheidbewegung, in der Hunderttausende von christlichen Arbeitern mitgegangen sind, ausgenutzt werden. Die christlich-soziale Reichspartei, die aus einer Oppositionsstimmung unter den Zentrumsarbeitern entstanden ist, hat viel in Demonstrationen und sogar in Gemeindeparlamenten mit uns gearbeitet. Redner begrüßt die Bildung einer besonderen Kommission zur Bearbeitung des Zentrums.

Darauf spricht Genosse **Beck.**

Gen. Beck: Ich möchte einige Fragen über die gewerkschaftliche **Arbeit besprechen, Genosse Bucharin hat kürzlich** diese Arbeit so gekennzeichnet, daß es unter den Kommunisten zwei Sorten von Gewerkschaftlern gibt: **die einen,** deren Arbeit sich nicht von der der Sozialdemokratie unterscheidet und die anderen, **die sich darauf beschränken, Phrasen zu dreschen.** Die Erweiterte Exekutive hat die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit verlangt. **Von unseren Genossen wird immer wieder** mehr Kleinarbeit **verlangt. Darin liegt ein gewisser Widerspruch. Außerdem ist in keiner Periode der Parteientwicklung** die sogenannte Politisierung mehr propagiert worden, wie unter der Ruth-Fischer-Zentrale. Unsere Taktik darf sich nicht darauf beschränken, ein paar Pfennige Lohnerhöhung mehr zu verlangen, als die Reformisten. Ein zweiter Fehler ist folgender: Wenn irgendwo eine Lohnbewegung beginnt, schreiben unsere Zeitungen, die Reformisten werden auch verraten. Das genügt absolut nicht. Das hieße, die Reformisten könnten überhaupt nicht streiken. Es hat sich aber gezeigt, zuletzt in Sachsen, daß sie doch streiken. Es gibt auch Situationen, in denen eine Ausbreitung des Kampfes nicht immer nützlich ist. Schließlich ist es auch eine Frage, ob wir jeden Streik bis zum Weißbluten führen sollen. (Zuruf Ewert: Jetzt kommt es

bezweckt die die Arbeiter in der Kampf zu führen, nicht sie zu [illegible]

Die Reformisten führen einen Schlußkampf gegen die Massenbewegung unter der Parole der Reichstagsdemokratie. Man wird fragen, wem hilft die Kommunisten an die Stelle der Reichstagsdemokratie zu setzen? Es kommt darauf an, die Losung der Arbeitsdemokratie umzuwandeln in eine revolutionäre Losung, die Losung der Produktionskontrolle. Ich glaube nicht, daß das, was die Arbeiter in unserer Partei [illegible] können, bedeutet ist, breite Arbeitermassen für die Partei zu gewinnen. (Zwischenruf Thälmann: Die Losung der Produktionskontrolle heißt Sozialismus!) Genossen, es handelt sich darum, eine Verbindungslinie zwischen den Tageskämpfen und dem Endziel zu schaffen.

Als nächster spricht Gen. Hauten, Schlesien.

Er geht besonders auf die Opposition innerhalb der SPD. ein, die selbst in Breslau, der Hochburg Löbes, gewaltige Fortschritte macht. Innerhalb dieser Linken vollzieht sich eine starke Differenzierung. Viele Arbeiter fordern bereits den gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten. Auch in den Gewerkschaften zeigen sich linke Tendenzen. Viele SPD.-Arbeiter, die aus dem Reichsbanner ausgetreten sind, sind heute im RFB. In diesem Zusammenhange hat die Breslauer SPD. beschlossen, daß, solange SPD.-Mitglieder im Reichsbanner sein dürfen, auch die Mitgliedschaft im RFB erlaubt sein muß. Wir müssen diese Radikalisierungstendenzen fördern unter den Parolen: Vertreibung aller Reformisten aus der Arbeiterbewegung, Einheit aller revolutionären Elemente unter Führung der Kommunistischen Partei. Das wird dann hinzugezogen, eine Minderheitsbewegung nach englischem Vorbild zu schaffen.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nach der Wiedereröffnung gibt der Vorsitzende Gen. Geschke unter wiederholten Beifallskundgebungen des Parteitages Begrüßungsschreiben und Telegramme der Kommunistischen Partei Dänemarks, des Genossen Reval aus dem Zuchthaus Koketom, Warschau, ferner der Zelle der Hamburger Staats-Kai-Arbeiter und der Kommunistischen Partei Altona-Barmbek bekannt. Lebhaften Beifall löste eine Resolution einer Konferenz von 20 Betriebsräten des Berliner Arbeiterbezirks Wedding aus, die den Parteitag und seine Arbeiten begrüßt. Auch der Gen. Wollenberg des RFB. sandte ein Telegramm.

Darauf wird eine Resolution der politischen Gefangenen im Zentralgefängnis Kattbus unter langanhaltendem Beifall der Delegierten verlesen. Die Resolution stellt fest, daß die Linie der Partei richtig ist und daß vor allem die Gewerkschaftsarbeit und der Aufbau der Betriebszellen, sowie die Verbindung mit den Erwerbslosen weiter gefördert werden müssen. Die Resolution solidarisiert sich mit der Taktik unserer politischen Mitgefangenen und verurteilt die Opposition. Am Schlusse spricht die Resolution dem Zentralkomitee für seine Politik seit dem Erscheinen des Offenen Briefes volles Vertrauen aus.

Nach Verlesung eines Telegramms des Genossen Georgen aus dem Gefängnis Bochum, der 7. Abteilung des RFB., Chemnitz, und der Erweiterten Stadtteilleitung des Bezirks Chemnitz-West, erhält als erster zur mündlichen Begrüßung im Namen der englischen Kommunistischen Partei das Wort Genosse Steward. (Der Parteitag erhebt sich und singt stehend die „Internationale“). Die Rede des Genossen Steward wird übersetzt durch den Genossen Stöcker.

Der englische Genosse an die KPD.

Genosse Steward überbringt die brüderlichen Grüße der englischen Kommunistischen Partei und bespricht dann folgende Punkte:

1. Die allgemeine Situation in England
2. Die Ereignisse in China,
3. Den Konflikt zwischen Britannien und Rußland.

Die Frage, die am meisten in der letzten Zeit in der internationalen Arbeiterbewegung erörtert wurde, ist der Generalstreik der Bergarbeiter.

Es ist interessant, daß gerade in England bis vor kurzer Zeit es eigentlich allgemeine Auffassung war, daß ein Generalstreik in England etwas Unmögliches sei. Durch die Radikalisierung der Arbeiterschaft, wie auch durch die objektiv veränderte Situation in Großbritannien ist das Unmögliche möglich geworden. (Bravo!) Der Generalstreik im vergangenen Jahre war ja nur der Höhepunkt der Kämpfe, die zwischen Kapital und Arbeit in den letzten Jahren geführt wurden. 1921 schon die große Bewegung, die mit dem Schwarzen Freitag endete; 1922 die großen Kämpfe der Metallarbeiterbewegung; 1925 die Zuspitzung bei den Bergarbeitern und 1926 dann der große Generalstreik mit dem sich anschließenden Bergarbeiterstreik.

Unter dem Drucke der Bergarbeiterschaft wurde von diesen jener große Kampf 30 Wochen lang fortgesetzt und dadurch retteten die britischen Bergarbeiter die gesamte englische Arbeiterklasse vor einer allgemeinen Demoralisierung und führten gegen den Willen der Labour-Leader den richtigsten und wichtigsten Schlag, indem dadurch die ganze Bewegung in ein anderes Gleis kam, in ein Gleis, das die offiziellen Führer der Bergarbeiterschaft nicht gewünscht hatten. Es zeigte sich in diesem großen Kampfe, daß die Politik der Kommunistischen Partei Englands sich also durchaus richtig erwiesen hat.

Drei Gesichtspunkte ergeben sich aus diesem Kampfe. Erstens der Verrat der offiziellen Führer der Labour-Bewegung; zweitens der Verrat der Amsterdamer Internationale. Das gegenseitige Ergebnis aber dieser ganzen Bewegung, das sich auch in England außerordentlich eindrucksvoll zeigte, war

die brüderliche Hilfe der russischen Arbeiterschaft

in unserem Kampfe. Es ist von manchem Freunde unserer Bewegung, insbesondere von den ultralinken Gruppen, nicht nur in Deutschland, in diesem Zusammenhang die Auflösung des Anglo-russischen Komitees gefordert worden. Genossen, ich kann auch dazu nur sagen:

In England hat keines unserer Mitglieder die Auflösung dieses Komitees gefordert (lebhaftes Bravo, Beifall.)

Die britischen Kommunisten wie auch die großen Teile unserer Sonderbewegung in den Gewerkschaften sehen in dem Anglo-russischen Komitee nicht eine Union der Führer der britischen und russischen Arbeiterschaft, sondern einen Ausdruck des gemeinsamen Empfindens der britischen Arbeiter mit den russischen.

Der dritte Gesichtspunkt, der sich aus dem Kampfe ergibt, ist neben der verräterischen Haltung eines großen Teiles der Arbeiterführer die Schwäche, die innerhalb der Gewerkschaften durch ihrer organisatorischen Zusammensetzung sich ergeben hat.

Ich glaube, wenn wir auch zugeben müssen, daß der Bergarbeiterkampf in England für die britische Bergarbeiterklasse eine Niederlage war so ist sie, im gesamten Zusammenhange der Weltentwicklung, insbesondere mit dem Kampf in China gesehen, ein Erfolg der gesamten Bewegung. Denn, der britische Bergarbeiterkampf hat in seiner Verteifung und langen Ausdauer, seiner Zuspitzung ökonomisch und politisch usw. die britische Bourgeoisie verhindert, viel eher ihre militärischen Kräfte in China einzusetzen, als ihr das sonst möglich gewesen wäre. Unsere Arbeit gegen die Ausdehnung, gegen das Eingreifen des britischen Imperialismus in China hat mit einer großen Propaganda eingesetzt, die sich auch ausgewirkt hat weit über den Einfluß der Kommunistischen Partei hinaus. Es gelang uns in ganz kurzer Zeit in England über 80 Komitees „Hände weg von China“ ins Leben zu rufen, die mit überwiegender Mehrheit von Nicht-Kommunisten zusammengesetzt sind und doch von unserem Geiste beseelt sind. Es gelang uns vor wenigen Wochen erst in London eine eine Zusammenkunft des Londoner Gewerkschaftskartells zu organisieren mit über 600 Delegierten, die Beschlüsse faßten in der Chinafrage, die vollkommen mit unseren Forderungen konform gehen (Bravo-Rufe). Diese Beratung des Londoner Gewerkschaftskartells schickte eine Delegation zum britischen Generalrat mit der Aufforderung, für ganz England einen nationalen Kongreß einzuberufen, der dieselben Forderungen über die Chinapolitik Englands erheben soll, wie das das Londoner Gewerkschaftskartell unter unserem Einfluß getan hat. Noch schweigen sich die Führer des Generalrats, aber wir hoffen, daß auch sie bald unserem Drucke weichen müssen. Aber wir haben nicht nur geredet, nicht nur Propaganda geführt, sondern wir glauben auch, soweit das in unseren Kräften steht, gehandelt zu haben, wenn wir mit aller unserer Tatkraft an alle ausrückenden Soldaten und Marinetruppen Flugblätter verteilt haben über die traurige Rolle, die sie in China zu erfüllen haben (Bravo-Rufe und Beifallklatschen). Wir haben unsere Mitgliedschaft in den letzten Jahren dank der gewaltigen Ereignisse, aber ich glaube auch, dank einer richtigen Taktik, von 5000 auf jetzt 12 000 steigern können (Bravo-Rufe). Wir haben die Mitgliedschaft unserer Jugendorganisation von einigen Hundert noch vor einem Jahr jetzt schon auf 2000 emporarbeiten können.

Das wichtigste Ereignis schließlich, das in den letzten Tagen zu verzeichnen war, ist

der Bruch zwischen England und Sowjetrußland.

Die Chamberlainsche Note ist auf zwei Hauptursachen zurückzuführen, erstens auf die Nervosität des britischen Imperialismus hinsichtlich der Entwicklung in China und zweitens aus Sorge über die Entwicklung und den Aufstieg der russischen Arbeiterklasse. Unsere ultralinken Freunde erklären immer, daß Rußland auf dem Wege einer gewissen Entartung sei, auf dem Wege zu Zugeständnissen an den Kapitalismus. Ich glaube, so sagt Steward, die britische Bourgeoisie sieht klarer die Entwicklungen Rußlands als unsere ultralinken Freunde (Zurufe: „Sehr gut“).

Zum Schlusse sagte dann Genosse Steward, daß sich nicht nur die Voraussagungen Lenins über die Entwicklung der Kommunistischen Partei in England als richtig herausgestellt haben, sondern auch die Voraussagungen Lenins über die Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung im allgemeinen, und ferner könne er wohl heute auf Grund praktischer, nur zu praktischer Ergebnisse auch erklären, daß sich die Lehren Lenins über die Kolonialpolitik und das notwendige Zusammengehen der unterdrückten Bauern- und Proletariermassen in den Kolonien mit der europäischen Arbeiterschaft als nur zu richtig erwiesen hat.

Die Ereignisse der letzten Jahre sollten allen unseren Genossen doch zu erkennen geben, daß es nicht nur genügt, klar leninistisch die revolutionäre Entwicklung zu erkennen, sondern daß es auch darauf ankommt den Einfluß in den Massen endlich zu gewinnen. Einfluß, den wir nur gewinnen werden durch die praktische Arbeit innerhalb der arbeitenden Massen auf dem Wege der Einheitsfront, auf dem Wege der Arbeit innerhalb der Gewerkschaften.

Es ist ein Unsinn zu sagen, wir könnten die Gewerkschaften nicht erobern. Die Entwicklung in England zeigt zur Genüge, daß selbst eine kleine Partei mit Aktivität und klarer Einstellung einen gewaltigen Einfluß in den Gewerkschaften erobern konnte. Es kommt darauf an, diesen Einfluß durch Arbeit zu gewinnen und endlich auch unsere Kommunistische Partei einheitlich zu organisieren. Deshalb appelliert Genosse Steward am Schluß seiner Ausführungen endlich, endlich Schluß zu machen, auch in Deutschland mit den inneren Auseinandersetzungen in der Partei, Schluß zu machen mit den Fraktionsreibereien in der deutschen Partei, um ein eisernes, schlagkräftiges Gebilde zu schaffen, das als eines der stärksten Glieder der Kommunistischen Internationale die proletarische Bewegung vorwärts zum Siege führen wird (großer langanhaltender Beifall).

Der Vertreter der KPTsch. spricht

Zur nächsten Begrüßung erhält der Genosse Stern von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei das Wort.

Genosse Stern überbringt die brüderlichen Grüße der Kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiter aller Nationen der Tschechoslowakei und erklärt, daß die vereinigte Bourgeoisie aller Nationen in der Tschechoslowakei alles tut, was in ihrer Kraft steht, um die kommunistische Aufklärung und Aufrüttelung der Massen zu beschleunigen.

Auch bei uns haben wir jetzt, nachdem wir bisher immer einige Sozialpatrioten in der Regierung hatten, eine Regierung, in der nur Bürgerliche vertreten sind. Das bedeutet bei uns nicht ein Zeichen einer gewissen Erstarkung der Bourgeoisie, sondern das ist ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie. Unsere Bourgeoisie war gezwungen, auf die bürgerlichen Parteien zurückzugreifen und sie in die Regierung hineinzuziehen. Unsere Sozialdemokratie ist nicht so sehr aus dem Grunde aus der Regierung herausgegangen, weil die Bourgeoisie glaubte auf sie verzichten zu können, sondern vielmehr weil der Druck von unten schon so ein starker war, daß sie diese neuen Anschläge der Regierung gegen die Arbeiterschaft nicht mitmachen konnte.

Der Hauptkampf der Regierung richtet sich gegen unsere Partei. Mit allen Mitteln versucht sie, unsere Partei unschädlich zu machen. Sie hat gegen uns den Spitzel- und Spionage-Prozeß angestrengt. Sie hat geglaubt, uns damit einschüchtern zu können, daß sie Abgeordnete die im Parlament gegen die Zollvorlage Obstruktion getrieben haben, vor Gericht stellte. Aber die Massen haben sehr gut verstanden, daß man unsere Partei verfolgt, weil sie für ihre Interessen eingetreten ist.

Wenn ihr hier eure Taktik festlegt, so könnt ihr damit rechnen, daß jenseits der Grenze unsere Partei denselben Weg geht wie ihr. Ihr könnt damit rechnen, daß ihr nicht mehr die alte tschechische Partei habt, die sprichwörtlich war wegen ihrer opportunistischen Tradition, sondern eine Partei, die sich durchgerungen hat zur leninistischen Theorie und die bestrebt ist, diese in der Praxis anzuwenden — eine Partei, die mit allen Mitteln daran arbeitet, auf dem bolschewistischen Wege vorwärtszugehen und eine Partei, die einheitlich ist, die gegenwärtig nicht zerrissen ist in Fraktionen, in der alle Kräfte zusammengefaßt sind auf der Linie der Komintern zur gemeinsamen Arbeit. (Beifall).

Betriebe und Erwerbslose begrüßen den Parteitag

Unter stürmischem Beifall bekam als Führer einer Delegation des Gesamtbetriebsrats der Staatszeche Recklinghausen, ein Genosse das Wort, der folgende, vom Gesamtbetriebsrat, der in seiner Mehrheit sozialdemokratisch ist, angenommene Begrüßungsresolution an den Parteitag vortrug:

An den Reichsparteitag der KPD.

Die Betriebsräte des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Gesamtbetriebsrat der Staatswerke A.-G., Recklinghausen, begrüßen den im Ruhrgebiet tagenden Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der Kampf, der gegen den Mietwucher, für die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die sozialreaktionären Pläne der Bürgerblock-Regierung geführt wurde, der bisher an der starren Einstellung der Bürgerblockparteien scheiterte, muß jetzt von der gesamten Arbeiterschaft in einheitlicher Front aufgenommen und unterstützt werden. Die versammelten Betriebsräte sind der Ueberzeugung, daß die KPD. ehrlich bereit ist, diese Einheitsfront zum Kampfe gegen die Bürgerblock-Regierung herzustellen und damit den Kampf der deutschen Arbeiterklasse zu fördern. Sie erwarten, daß auch die Beschlüsse des Reichsparteitages in diesem Sinne gefaßt werden. Die Betriebsräte erwarten, daß die KPD. zusammen mit den Gewerkschaften die gemeinschaftlichen Fragen behandelt und in geschlossener Kampffront vorgeht.

Wir wünschen der Arbeit des Parteitages im Sinne des Proletariats einen guten Erfolg.

Mit revolutionärem Gruß auf

Die Betriebsräte
des Bergarbeiter-Verbandes der Gel.-B.-A. Recklinghausen.

Delegation der Essener Erwerbslosen

Eine Delegation der Essener Erwerbslosen begrüßt den Parteitag und ihr Sprecher betonte besonders, daß nach allen bisherigen Erfahrungen die Erwerbslosen ihre Hoffnung zur Unterstützung ihrer Kämpfe nur auf die Kommunistische Partei richten. Genosse Geschke antwortete der Delegation, daß die Kommunistische Partei weiterhin wie bisher ihre ganzen Kräfte einsetzen wird um den Kampf der Erwerbslosen gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse zu organisieren.

Ferner wurden noch folgende schriftliche Begrüßungsschreiben und Telegramme verlesen:

Von den Arbeitern der Deutschen Werke Kiel, von der Zellengruppe Hamburger Werften, von der Germania-Werft Kiel, vom Kommunistischen Jugendverband Kiel und von dem im Berliner Untersuchungsgefängnis sitzenden Genossen Gerhardt und von den Friedenkern Ortsgruppe Buer.

Fortsetzung der Diskussion

Genossin Hanna Schulz, Berlin: Die richtige Durchführung der Parole „Heran an die Massen“ ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Gewinnung der Arbeiterinnen, für die Gewinnung der werktätigen Frauen. Als beste Methode, gerade die Arbeiterinnen zu erfassen, hat sich das Delegiertensystem erwiesen. Es ist die Zusammenfassung der interessierenden Arbeiterinnen und Frauen zur Durchführung unserer Parolen unter den breiten werktätigen Frauenmassen zu arbeiten. Als Beispiel dafür möchte ich auch den Kongreß der Werktätigen anführen.

Wir haben von vornherein eine Zusammenfassung unserer Frauendelegierten durchgeführt. Auf der ersten Konferenz hatten wir 50 Prozent Arbeiterinnen, auf der zweiten 75 Prozent. Das zeigt uns, daß die Basis für das Delegiertensystem in Berlin der Betrieb gewesen ist, und daß betriebstätige Frauen das Element der Frauendelegiertenversammlungen gestellt haben. Wir werden zu keinem anderen Ergebnisse kommen in der Gewinnung der arbeitenden Frauen, wenn wir nicht die Arbeit führen von der BL herab bis hinunter zu den Zellen durch die Gewerkschaftsfraktionen.

Genosse Ewert: Ich werde mich lediglich auf drei Fragen beschränken. Erstens zur Frage der Linken in der Sozialdemokratischen Partei. Ich glaube, daß hier von unseren Genossen teilweise in den Diskussionsreden ein Fehler gemacht worden ist. Die Schwäche der linken Strömungen in der Sozialdemokratischen Partei ist die, daß es keine Führergruppe gibt, die auch nur Entwicklungstendenzen zum Kommunismus in sich birgt, die wir in der nächsten Zeit anerkennen können als Führer und Erwecker der Oppositionsstimmungen der sozialdemokratischen Arbeiter zu einer klaren Politik. Genosse Böttcher sprach in seiner Rede davon, daß der Imperialismus die Voraussetzungen schaffe zur Bildung von zentristischen Gruppierungen, Organisationen. Man kann sagen, daß Gegenteil ist der Fall. Der Imperialismus zwingt den Reformismus, Stellung zu nehmen in einer besonderen kritischen Situation und Krisenmomente. Es ist charakteristisch, daß gerade in der Periode des Imperialismus die vollkommene Verlumpung und Verbürgerlichung der Sozialdemokratischen Partei eingetreten ist, und daß solche Zwischenbildungen, wie sie in Deutschland die Unabhängige Sozialdemokratische Partei darstellte, nur Episoden geblieben sind. Nicht das ist die Gefahr, daß neue zentristische Parteien sich in Deutschland bilden können zwischen der Sozialdemokratischen u. der Kommunistischen Partei, sondern die Gefahr ist die, daß die in den linken sozialdemokratischen Führerkreisen vertretene Auffassung zum einbrechen den Entwicklungsgang der sozialdemokratischen Arbeiter zur Kommunistischen Partei verhindert und verlangsamt. Und insofern ist es absolut richtig, wenn unsere Thesen sagen, daß diese linksoziaidemokratischen Führer die gefährlichsten Feinde sind. Das bedeutet nicht, daß wir sie mit denselben Argumenten und Methoden bekämpfen, wie wir sie gegenüber den rechten sozialdemokratischen Führern anwenden. Es geht vielmehr heraus, daß wir differenzieren und eine geschickte Taktik des Entlarvens und des Hineinbringens der Führer in bestimmte Situationen durchführen. Aber Böttcher ist im Irrtum, wenn er versucht, hier eine Parallele zu ziehen, sagen wir zwischen dem linksoziaidemokratischen Führern in Deutschland und Cook in England. Cook ist kein Sozialdemokrat in dem sozialdemokratisch-parteimäßigen Sinn, wie es die deutschen linken sozialdemokratischen Führer sind. Seine ganze Einstellung, auch seine Schwankungen sind anders zu beurteilen, wie die, die heute die linke sozialdemokratische Führerschaft ganz bewußt und planmäßig in die Arbeiterschaft hineinträgt.

Die linke SPD.-Presse fragt: Wie können wir die sozialdemokratische Arbeiterschaft bei der Fahne des Reformismus und der Sozialdemokratischen Partei halten? Darum wird der Schwerpunkt unserer ganzen Auseinandersetzungen mit der deutschen Sozialdemokratie darin liegen, daß wir bei der schärfsten Brandmarkung der Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes, gleichzeitig auch die Ideologie derjenigen, die die Unzufriedenheit der hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter mit der Politik des Parteivorstandes widerspiegeln, zu entlarven.

Nun zu der Frage der Wirtschaftskämpfe, die Genosse Beck hier anschnitt. Genosse Beck hat hier eine Rede gehalten die eine vollständig katastrophale Einstellung zeigt. Die sich jetzt langsam entwickelnden Wirtschaftskämpfe sind in der jetzigen Periode ein Uebergang von der vollständigen Passivität zu dem ersten Kampf breiterer Arbeitermassen. Die Kraft dieser Kämpfe ist noch nicht breit entwickelt. Das Charakteristische ist die ungeheure Zersplitterung dieser Kämpfe. Während wir in diesem Jahre und sogar im ersten halben Jahre 4 Millionen Arbeiter in Lohnbewegungen haben, sehen wir keine Zusammenfassung dieser Kämpfe. Ja, wir sehen das bewußte Streben der Bürokratie, die Tarifabschlüsse, die Termine so zu legen daß ja ein gemeinsamer Abiauf der Kündigungsfristen und damit eine empfindliche Störung des kapitalistischen Wirtschaftslebens verhindert wird. Ausgerechnet in einer solchen Situation wo es die Aufgabe der revolutionären Partei ist, den Gedanken der Zusammenfassung dieser Kämpfe den Gedanken des Abschlusses gleichlaufender Verträge zu gleichen Terminen für die wichtigsten Industriegruppen durchzusetzen spricht Genosse Beck gegen die Losung: Für die Verbreiterung der Kämpfe.

(Fortsetzung folgt.)

Vertretertag des Baugewerksbundes Zahlstelle Dresden

Am 27. Februar fand nach fast einjähriger Pause der Vertretertag statt. Da nach dem Ortsstatut jeder Vertreter politisch organisiert sein muß, stellte die Mandatsprüfungskommission fest, daß von 81 stimmberechtigten Kollegen 51 SPD, 9 KPD und 8 ASPS anwesend waren. 13 Kollegen konnten keinen Nachweis über ihre Parteizugehörigkeit bringen.

Aus dem Bericht der Verwaltung ging hervor, daß die Zahlstelle im vergangenen Jahre fast um 1000 Mitglieder zugenommen hat, daß aber der Beitragsmarkenumsatz noch hinter 1925 zurückgeblieben ist. Daraus ergibt sich, daß die Arbeitslosigkeit im Vorjahr größer war als 1925. Ferner wurde an Hand von statistischem Material gezeigt, daß es noch eine große Anzahl nichtorganisierter Kollegen gibt. Im Lehrlingswesen sieht es besonders schlimm. Es ist Aufgabe aller Kollegen, diese zu bearbeiten, damit alle im Bauberuf Tätigen restlos dem Verbande zugeführt werden. Lohnbewegungen wurden 1926 keine geführt, das heißt es ist zu keinem Streik gekommen, obwohl Verhandlungen mit den Unternehmern fast das ganze Jahr geführt werden mußten. Speziell die Arbeitszeitfrage war Ursache vieler Verhandlungen. Immer wieder verlangten die Unternehmer die 9- und 10stündige Arbeitszeit mit dem Hinweis, daß auch im Ruhrgebiet 10 Stunden gearbeitet würde. Mehr wie hunderttausend Bauarbeiter in Deutschland arbeiten länger wie 48 Stunden die Woche.

Auch die Akkordarbeit war Ursache vieler Zwischenfälle, es mußten Baustellen gesperrt und Prozesse geführt werden. Leider arbeiten 40—50 Proz. aller Maurer im Akkord und die Unternehmer lehnen Lohnverhandlungen darüber ab mit dem Hinweis, daß die Maurer fast zu jedem angebotenen Preise arbeiten. Das darunter die Ausbildung der Lehrlinge leidet und es Aufgabe aller Kollegen ist, dagegen anzukämpfen, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Die Bauhüttenbewegung befindet sich in der Aufwärtsentwicklung. Die Dresdner Bauhütte konnte im vergangenen Jahre ihren Umsatz verdreifachen, konnte in Freital eine eigene Ziegelei kaufen, in der zirka 2½ Millionen Ziegel gebrannt und selbstverbaut wurden.

Im großen und ganzen zeigt der Bericht, daß eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen war, doch ergab die Diskussion, daß manches hätte besser sein können.

Kollege Füssel betont, daß die Akkordschufterei bei den Maurern nur mit dem Akkord der Ziegelträger beseitigt werden kann.

Kollege Koßlitz, Freital, berichtet, daß sogar in der Bauhütte im Akkord gearbeitet würde und verlangt, daß hier eingegriffen wird. Der Kollege Tümmel, SPD beschwerte sich, daß auch in der Bauhütte allerhand Fehler gemacht würden und zeigt auch einige auf, zugleich ersucht er aber den Kollegen Seifert von der Verbandsleitung, ihn nicht bei der Verwaltung der Bauhütte anzuschwärzen, damit er dort wieder arbeiten könne! Unter stürmischem Gelächter der Delegierten verwahrte sich Seifert dagegen, jemals Denunziant gewesen zu sein.

Nach Erledigung des 1. Punktes wurde verlangt, dem Antrag Rechnung zu tragen, der fordert, daß die Namen der ASPS-Kollegen bekanntgegeben werden. Darüber entspann sich eine erregte Debatte, da sich die Verwaltung weigerte, dies zu tun.

Der Bezirksleiter Kollege Richter drohte sogar mit Ausschluß, wenn irgendwelche parteipolitischen Tendenzen zum Durchbruch kämen.

Er erklärte, daß er im Besitze eines Rundschreibens der Industriegruppe Bau von Chemnitz sei, in dem gefordert wird, die Beseitigung der ASPS-Leute zu beantragen. Auf keinen Fall dürfe jemand wegen seiner politischen Ueberzeugung aus dem Verband oder von seinem Posten entfernt werden. **Ehe er das zulasse, werfe er lieber die Antragsteller hinaus. Trotzdem der Antrag von SPD-Kollegen gestellt war, wurde er von der Verwaltung unterdrückt.**

Der Bericht von den zentralen Lohnverhandlungen ergab fast keine Besserungen. Einige Punkte müssen sogar als Verschlechterung angesprochen werden.

Unter den Anträgen erzeugte der erste wieder eine erregte Stimmung. Die Bezirke Alt- und Friedrichstadt verlangten, daß der Passus 9c „Vertreter müssen politisch organisiert sein" wieder gestrichen wird.

Die Verwaltung setzte sich selbst für diesen Antrag ein, da ein Schreiben vom Hauptvorstand gekommen sei, daß die Streichung verlange. Der Vorsitzende, Kollege Barth, erklärte: **„Mögen die Vertreter entscheiden, wie sie wollen, auf jeden Fall werde dieser Passus im Ortsstatut gestrichen."** Nach einer erregten Debatte, in der der ASPS-Mann Füllse den SPD-Kollegen vorwarf, sie seien der „Sturmblock" (?) der Kommunisten, wurde der Antrag mit 34 zu 38 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Heidenau und Johannstadt: „Die Angestellten durch Urwahl zu wählen", wurde mit Mehrheit abgelehnt. Auch der Antrag Freital: „Die Angestellten haben nur beratende Stimme" wurde abgelehnt.

Zu der Neubesetzung des Postens des Kollegen Kittner waren 3 Vorschläge eingegangen. Von 76 abgegebenen Stimmen bekam Kollege Gwizdziel 41, Füssel 21, Päpeter 14 Stimmen. Der Kollege Schmidt wurde fest angestellt.

Da die Zeit vorgeschritten war, wurde der Rest der Anträge dem Beirat überwiesen. Alle Kollegen der Verwaltung wurden gegen die Stimmen der Opposition wiedergewählt. Bei der Wahl der Revisoren verlangte Kollege Füssel, daß Fülse (ASPS) von seinem Posten als Revisor zurücktrete. Fülse wurde aber mit den Stimmen derjenigen, die er vorher als „Sturmblock der Kommunisten" bezeichnet hatte, wiedergewählt.

Ein Antrag verschiedener Bezirke „kein ASPS-Mann darf Funktionär sein", war einfach unterschlagen worden, weil er nicht in den Streifen der Ortsverwaltung paßte. Nachdem die Fachgruppenleiter der Maurer die Kollegen Kutzner und Fischer, der Bauhilfsarbeiter die Kollegen Noack und Moshage gewählt waren und auch die Beschwerdekommission keine Aenderung brachte, wurde die Tagung gegen 8 Uhr abends geschlossen. Für die Opposition war sie ein Beispiel dafür, daß in der kommenden Zeit besser gearbeitet werden muß, damit bald der Einfluß der ASPS gebrochen wird und ein anderer Wind in der Ortsverwaltung der Zahlstelle Dresden weht.

Zum bevorstehenden Verbandstag sächsischer Polizeibeamten

in Pirna

Vom 10. bis 12. März findet in Pirna der 9. Verbandstag des Verbandes der sächsischen Polizeibeamten statt. Dieser Tagung muß auch die Arbeiterschaft die nötige Aufmerksamkeit zuwenden. Die dort zur Behandlung stehenden Fragen sind nicht lediglich eine Spezialangelegenheit der Polizeibeamten, sondern sie erfordern die Aufmerksamkeit der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die Arbeiterschaft muß dieser Tagung dasselbe Interesse entgegenbringen wie dem Verbandstag irgendeiner anderen Gewerkschaft.

Es ist unbedingt notwendig, daß die Arbeiterschaft alle Bestrebungen innerhalb der Polizei genau verfolgt; denn sie weiß, obwohl die Polizei ein Machtinstrument der herrschenden Klasse gegen das Proletariat ist, daß die **Polizeibeamten Klassenbrüder, Proletarier im Waffenkittel** sind.

Vor allem wird die Frage der Militarisierung innerhalb der sächsischen Polizei in Pirna zur Verhandlung stehen. Die sächsischen Polizeibeamten führen schon seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen diese Bestrebungen, **gegen die Umbildung der Polizei zur Bürgerkriegsarmee.** Dann steht die Frage der **Dienstplanverschlechterung** und die **Wiederherstellung des Achtstundentages** auf der Tagesordnung. Ferner wird auch das **Besoldungselend** und die Frage des

Anschlusses des Sächsischen Polizeibeamten-Verbandes an die freien Gewerkschaften

zur Sprache kommen. Es ist für die organisierte Arbeiterschaft nicht gleichgültig, ob sie bei Kundgebungen und Demonstrationen von militärisch gedrillten Polizeibeamten gehindert wird, oder ob der Solidaritätsgedanke mit der Arbeiterschaft sich auch in den Reihen dieser Proletarier allmählich durchsetzt.

Arbeiter und Polizeibeamte stehen in ihren wirtschaftlichen Kämpfen in gemeinsamer Front. Das organisierte Proletariat wird mit Aufmerksamkeit die Verhandlungen in Pirna verfolgen. Es ist bereit, Hand in Hand mit den unteren Beamten

für Achtstundentag,

gegen die kapitalistische Rationalisierung, die stets auf Kosten der Arbeiter- und Beamtenschaft vorgenommen wird,

gegen verschärfte Ausbeutung und gegen Militarisierung der Polizei

zu kämpfen!

Zu früh gefreut!

Der Zentralverband der Angestellten teilt uns folgendes mit: Im Sommer 1926 hatte die Firma Brück u. Sohn auf Grund eines ergangenen Urteils des Landgerichts Dresden gegen eine Reihe freier Gewerkschaften in Dresden, u. a. auch gegen den Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Freital, Zwangsvollstreckung eingeleitet und gegen die Ortsgruppe Freital des Zentralverbandes der Angestellten auch Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt. Ein Teil der Presse hatte Veranlassung genommen, diese Tatsache öffentlich bekanntzugeben. Die Folge davon war, daß das Vertrauen bei einem Teil der Gewerkschaftsmitglieder zweifellos erschüttert war. Die Gewerkschaften haben ihrerseits sofort durch Beschwerde beim Oberlandesgericht die Einstellung des Zwangsvollstreckungsverfahrens durchgesetzt und ferner Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegt. Das Oberlandesgericht hat durch Urteil vom 2. März 1927 die Firma Brück u. Sohn mit ihren Ansprüchen abgewiesen und sie zur Tragung der gesamten Kosten verurteilt.

Damit dürfte der derzeit in der Oeffentlichkeit Aufsehen erregende Prozeß, der von gewisser Seite aus gegen die Gewerkschaften ausgeschlachtet wurde, zunächst seinen Abschluß erreicht haben.

Das Ausbeutersystem in der Blumenfabrik Pachaly & Co., Bautzen

(Arbeiterkorrespondenz.)

Allgemein glaubte man bisher, daß in der Textilindustrie die niedrigsten Löhne gezahlt würden. Nach den Tarifverträgen würde die Annahme richtig sein. In der Praxis gibt es jedoch Ausnahmen. Eine solche macht auch die Firma Pachaly u. Co. in Bautzen, Aeußere Lauenstraße 16. Hinterhaus. Diese Firma beschäftigt über 20 Arbeiterinnen, meist im Alter von 16 bis 19 Jahren und einige Männer. In irgendeiner Gewerkschaftsorganisation ist die Belegschaft nicht vertreten. Es existiert auch kein Betriebs- oder Arbeiterrat. Diese beiden von der Belegschaft außer acht gelassenen Punkte lassen es schon als selbstverständlich erscheinen, daß dort das Ausbeutersystem fruchtbaren Boden hat. Die Löhne werden nur nach Akkord bezahlt. Jede neu eintretende Arbeiterin muß ihre Arbeit gleich im Akkord beginnen! Und was wird bei dieser Hetzjagd verdient? Für eine 46-Stundenwoche werden hier im Akkord 7 bis 12 Mark (pro Woche natürlich) bezahlt. Es gibt aber auch höhere Lohnzahlungen; diese werden natürlich durch Ueberstunden erreicht. So erhielten einige Arbeiterinnen 16 Mark; sie hatten einmal bis 7.30 Uhr und ein zweites Mal bis 9,30 Uhr in die Taschen der Ausbeuter gearbeitet. Der Herr „Chef" hatte eine Arbeiterin, die nur etwas über 7 Mark pro Woche (bei Akkord) verdient hatte, in einen anderen Arbeitssaal untergebracht und dabei die Worte gebraucht: „Sie verdient hier nichts, und sie verdient dort auch nichts!" Eine Arbeiterin hatte ihm darauf erwidert: „Geben Sie ihr nur gleich den Schein!" (Entlassungsschein!) Der Herr Chef gab folgende Antwort: „Wo denken Sie denn hin! Das ist doch nur Ihr Schaden, denn die Arbeitslosenunterstützung bezahlen doch nur Sie mit!" (Arbeiter, merkt euch den Ausspruch.) Wie stehen nun die Löhne im Vergleich zu der in Bautzen gezahlten Arbeitslosenunterstützung? Eine ledige Arbeiterin erhält hier pro Woche über 10 Mark, außerdem Brot und Margarine. Eine Arbeiterin bei Pachaly u. Co. hatte eine Woche im Akkord etwas über 9 Mark verdient, außer den Abzügen für Krankenkasse und Invalidenversicherung standen noch 19 Pf. für Erwerbslosenversicherung auf der Liste! Also, eine Arbeiterin, die schon unter dem Erwerbslosensatz verdient, muß noch 19 Pf. für die Erwerbslosen beisteuern! Höher gehts nicht! Die Firma beschäftigt aber auch eine große Anzahl Heimarbeiter. Die Verdienstmöglichkeit ist teilweise eine „Ungeheure". So verdienten zwei Erwerbslose, Mann und Frau zusammen, innerhalb 8 Tagen (der Tag teilweise bis nachts 12 Uhr gerechnet!) ganze 5 Reichsmark! Es ist nicht anzunehmen, daß andere Heimarbeiterinnen mehr verdienen, denn der Herr Chef verlangt saubere Arbeit, andernfalls spricht er: „Denken Sie vielleicht, ich verschenke das Geld! Wenn Sie keine saubere Arbeit liefern können Sie sich die Blumen wieder mitnehmen!" (Und natürlich bezahlen.) Arbeiterinnen und Arbeiter von Pachaly u. Co! Fragt eure Arbeitgeber und ihre Aufpasser, ob sie auch mit 7 bis 12 Mark wöchentlich zufrieden sind. Wählt vor allem eine gesetzliche Betriebsvertretung und kämpft mit dieser und der zuständigen Gewerkschaft für höhere Löhne. Erwacht endlich und organisiert euch!

Gewerkschaftliches

Achtung! Bauarbeiterfraktion von Radeberg und Umgegend.

Morgen, Dienstag, den 8. März, abends 7 Uhr, im Deutschen Haus Fraktionssitzung. Berichterstattung. **Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.**

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(36. Fortsetzung.)

Das verschlafene, welke Gesicht Peters verfinsterte sich, und die grauen Augen blickten unzufrieden. Er zog sich an und sprach mit mürrischer, tiefer Stimme:

„Unser Dienst ist kein Spaß . . . Ja, wenn man so die Leute ohne weiteres an die Gurgel packen könnte! Aber da muß man erst hinter jedem einzelnen ein- bis zweihundert Meilen herrennen, oder noch mehr — Man muß wissen, wo er zu jeder Zeit war, mit wem er zusammenkam — und überhaupt, alles muß man wissen . . . . alles!"

Am Tage vorher war Peter, trotz aller Aufregungen des Tages, Jewsjej als ein interessanter, gewandter Mensch erschienen, jetzt aber hatte seine Sprache etwas Schleppendes; er bewegte sich träge, und alles fiel ihm aus den Händen. Das ermutigte Klimkow, und er fragte:

„Muß man den ganzen Tag so durch die Straßen gehen?"

„Manchmal spazierst du auch des Nachts umher . . . bei dreißig Grad Frost . . . Unseren Dienst hat ein recht böser Teufel ausgedacht."

„Und wenn man sie alle abgefaßt hat?" fragte Jewsjej weiter.

„Wen?"

„Na, diese . . . Unzuverlässigen . . diese Feinde . ."

„Sag' Revolutionäre, oder Politische . . . Alle werden wir wohl schwerlich abfangen . . . es scheint, daß sie immer als Zwillingspärchen geboren werden . . . ."

Nach dem Tee schlug Peter sein Büchlein auf, sah hinein und wurde plötzlich lebendig. Er sprang vom Stuhl auf, teilte hastig die Karten in Haufen und begann zu zählen:

„Tausendzweihundertundsechzehntes Spiel... Ich habe: Pique Drei, Coeur Sieben, Karo Aß..."

Als er das Haus verließ, trug er einen schwarzen Ueberzieher, eine Mütze aus Schaffell und ein Portefeuille in der Hand. Er sah einem Beamten ähnlich und sagte streng zu Jewsjej:

„Geh auf der Straße nicht neben mir her, unterhalte dich auch nicht mit mir... Ich werde in ein Haus hineingehen, du trittst inzwischen in die Portierstube ein und sagst, du müßest auf Timofejew warten. Ich bin bald zurück."

Jewsjej hatte Angst, er könnte Peter in der Menge der Passanten verlieren, und schritt daher dicht hinter ihm her, ohne die Augen von seiner Gestalt abzuwenden. Plötzlich aber war Peter verschwunden. Klimkow ward ganz verwirrt, lief rasch vorwärts und blieb schließlich, an einen Laternenpfahl gelehnt, stehen. Ihm gegenüber erhob sich ein Haus mit Gittern vor den Fenstern der ersten Etage, die im Dunkel lag. Durch das schmale Hoftor sah man in einen öden, dämmrigen Hof, der mit großen Steinen gepflastert war. Klimkow fürchtete sich, hineinzugehen und spähte, unruhig von einem Fuß auf den andern tretend, nach allen Seiten aus.

Aus dem Hofe kam mit raschen Schritten ein Mann in einem wollenen Wams, mit in die Stirn gedrückter Mütze und fuchsrotem Bart; er blinzelte Jewsjej mit den grauen Augen zu und sagte leise:

„Komm her... Warum bist du nicht zum Portier gegangen?"

„Ich hatte Sie verloren," gestand Jewsjej.

„Verloren? Ei sieh, dafür müßtest du eigentlich eine Kopfnuß haben. Höre nun: drei Häuser von hier ist die Landschaftsverwaltung. Gleich wird ein Mann, der dort dient, aus dem Hause heraustreten, er heißt Dmitri Iljitsch Kurnossow — merk dir's! Dem folgst du also, verstanden. Gehen wir, ich werde ihn dir zeigen."

Einige Minuten später lief Klimkow wie ein kleiner Hund eilig auf dem Trottoir daher hinter einem Manne mit abgetragenem Paletot und verdrücktem schwarzen Hut. Der Mann war groß und stark, er ging schnell, holte mit seinem Stocke weit aus und stieß mit ihm fest auf den Asphalt auf. Unter dem Hut quoll über Nacken und Ohren das schwarze, leicht mit Grau untermischte, wallende Haar hervor.

Jewsjej empfand jeden Mitleid mit einem Menschen, jetzt aber hatte es sich doch plötzlich bei ihm eingestellt und trieb ihn gebieterisch zur Betätigung an. Vor Aufregung schwitzend, sprang er rasch, mit kleinen Schritten auf die andere Seite der Straße, lief vor, überschritt wieder die Straße und begegnete nun dem Manne Brust an Brust. An ihm huschte ein dunkles, bärtiges Gesicht mit zusammengewachsenen Brauen vorüber; ein flüchtiges Lächeln lag in den blauen Augen, über denen sich eine breite, von Furchen durchschnittene Stirn wölbte. Der Mann sang irgend etwas vor sich hin, oder sprach mit sich selbst — seine starken Lippen bewegten sich.

Klimkow blieb stehen, wischte mit dem Handrücken das schweißbedeckte Gesicht ab, zog die Schultern hoch und ging dem Manne nach; er schaute auf die Erde und richtete nur selten den Blick empor, um den Gegenstand seiner Beobachtung nicht aus den Augen zu verlieren.

„Er ist nicht mehr jung," dachte er. „Ein armer Kerl, wie man sieht... alles kommt von der Arbeit... Und von der Furcht . ."

Er erinnerte sich Pfeifchens und zuckte zusammen.

„Der wird mir's noch einmal heimzahlen," dachte er, und Pfeifchen begann ihm leid zu tun.

Die Häuser schauten aus müden, trüben Augen auf ihn herab, und in die Ohren kroch ihm aufdringlich der Straßenlärm und das Klatschen und Spritzen des flüssigen, kalten Kotes. Er kam sich so einsam und verlassen vor; er erinnerte sich Raissas, und es zog ihn irgend wohin abseits, fort von der Straße.

Der Mann, den er verfolgte, blieb an der Freitreppe eines Hauses stehen, drückte mit dem Finger auf den Knopf der Klingel, nahm den Hut ab, fächelte sich damit das Gesicht und schob den Hut wieder auf den Kopf. Der Hut glitt ihm dabei in den Nacken und entblößte einen kahlen Scheitel. Jewsjej stand fünf Schritte vom Prellstein und schaute mitleidig auf das Gesicht des Mannes — es drängte ihn unwillkürlich, ihm irgend etwas zu sagen. Der andere hatte ihn bemerkt, runzelte die Brauen und wandte sich ab. Jewsjej ward verwirrt; er setzte sich auf den Eckstein und dachte bei sich:

„Wenn er mir etwas getan hätte... aber so, ohne alle Schuld... Nein, das ist nicht recht, nicht recht..."

„Sind Sie von der Sicherheitsbehörde?" vernahm er eine leise, hellere Stimme. Ein hochgewachsener, fuchsroter Mann mit schmutziger Schürze und einem Besen in der Hand richtete an ihn diese Frage.

„Ja," versetzte Jewsjej leise, doch in demselben Augenblick dachte er: ich hätte es nicht ausplaudern sollen.

„Wieder ein Neuer," bemerkte der Hausknecht, denn dieser war der Fragesteller. „Bist wohl hinter Kurnossow her?"

„Ja..."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeitersport

Fußballsport.

1. Klasse.

Eintracht—Zschachwitz 3:1 (2:1).

Beide lieferten ein einwandfreies technisches Spiel. Eintracht kann bis Schluß das Heft in Händen halten.

Pieschen—Helios 2:4 (1:3).

Ein lebhaftes Spiel, bei welchem Helios eine Klasse besser war. Der Torwart von Pieschen verhinderte eine höhere Niederlage.

Heidenau—VfB Riesa 3:3 (2:0).

Ein flottes Spiel, welches nach der Pause jedoch abflaute. Für Riesa wäre der Sieg verdient gewesen.

DSV—Pirna 3:2 (0:1).

Pirna ging mit seltenem Kampfeseifer in dieses Spiel und zwang den Bundesmeister zur Hergabe seines ganzen Könnens. Nachdem das Treffen unter der zweiten Halbzeit schon 2:0 für die Gäste stand, besann sich DSV und stellt in scharfen Endspurt den Sieg sicher.

DSV—Potschappel 2:5 (2:3).

DSV zeitweise sehr gefährlich. Die Angriffe scheitern aber alle an der schlagsicheren Verteidigung von Potschappel. DSV durch Ersatztorwächter geschwächt, mußte sich obiges Resultat gefallen lassen.

Radeberg—Kamenz 2:2 (1:0).

Ein hohes flottes Spiel, bei dem sich beide die Wage hielten.

Cotta—02 1:1 (0:1).

Cotta findet sich vom Anstoß sofort zusammen, doch 02 geht durch Elfmeter in Führung. Nach dem Wechsel hat 02 etwas mehr vom Spiel.

Deuben—Weißig 3:0 (1:0).

Neustadt—Löbtau 1:4 (0:2).

2. Klasse.

Coswig 1—Görnewitz 1 4:3 (1:1).

Reich an spannenden Momenten war dieses Treffen. Nach der Halbzeit lag der Platzbesitzer stets mit einem Tore Unterschied in Führung. Er gewann verdient.

Zaucherode 1—Süd 1 6:1.

Untere Mannschaften. 01 2—Klotzsche 1 0:4; 01 3—Friedrichstadt 3 0:5; Eintracht 3—Mühlbach Häslich 1 0:3; Cotta 3—Radebeul 2 1:3; Cotta 5—Cossebaude 3 4:1; Dohna 3—Striesen 2, Striesen nicht angetreten; Coswig 2—Görnewitz 2 2:2; Coswig 3—Görnewitz 3 4:1; Radeberg 2—Neustadt 2 3:3; Neustadt 3—Langenau 1 11:0; Neustadt 4—Langenau 2 8:1; Heidenau 2—Striesen 1 7:1; Heidenau 3—Pirna 3 8:0; 1885 1 gegen Löbtau 2 3:3; 1885 2—DSV 2 2:8; Zaucherode 2—Süd 2 1:2; Graupa 2—Kreischa 2 7:2; Graupa 1—DSV 2 3:1; Pieschen 2—Wirsigt 2 2:1; Pieschen 4—Löbtau 4 3:1; Kleinnaundorf 1—Rabenau 1 4:2; Kleinnaundorf 2—Bannewitz 2 1:7; Radebeul 3—Klotzsche 2 17:1; Deuben 3—Bienenmühle 1 9:0.

Alters-Mannschaften. 01—02 2:7; Neustadt—Löbtau 6:3; DSV—Komet 2:5; Radeberg—Potschappel 10:0; Kleinnaundorf—Döltzschen 3 3:1; DSV—Pirna 4:5; Deuben—Döltzschen 2 1:3.

Jugend. Cotta 1—DSV 1 4:0; Dohna 1—Süd 1 1:1; Dohna 2—Heidenau 2:0; Coswig 1—Friedrichstadt 1 1:2; Neustadt 1—09 1 0:1; DSV 1—Potschappel 1 0:4; DSV 2—Potschappel 2 2:3; Helios 2—Friedrichstadt 2 2:0; Helios 1—Eintracht 1 7:0; Pieschen 1—Zschachwitz 1 2:2; Deuben 1—Radebeul 1 1:4.

Schüler. Cotta 2—Süd 1 0:3; Neustadt 1—Pieschen 1 5:0; Neustadt 2—Radebeul 1 0:4; Radeberg 1—Großröhrsdorf 1 3:0; 02 1—01 1 5:1; DSV 1—Cotta 1 1:2.

Unwichtige Resultate.

Bezirk Leipzig:

Wahren—Lindenthal 2:3; Eutritzsch—Kleinzschocher 1:1; Paunsdorf—Schleußig 2:3; Möckern—Oetzsch 2:1; Vorwärts Wurzen—Eilenburg 4:4; Thekla—Viktoria 06 2:6; Schönau—Viktoria 12 1:2; Stötteritz—Frischauf Wurzen 2:1; FK Zwenckau—Sportlust 09 3:0; Kleinzschocher—Pegau 3:1; Großzschocher—Preußen Mockau 2:6; Schönfeld—Knautkleeberg 5:1.

Bezirk Chemnitz:

Sachsen—Rapid 8:4; Concordia—Eintracht Mittweida 10:0; VfR—Sturm Mittelbach 1:1; Jahn Altchemnitz—Sporto, Niederwürschnitz 3:3; Korlo—Sturm Frankenberg 3:1; Ring—Vorwärts Langenberg 3:1; Pfeil—Glauchnitz 4:2; Hainichen—Vorwärts Flöha 5:3; Sporto, Stollberg—Vorwärts Lugau 4:1; Vorwärts Schellenberg—FrT Leubsdorf 8:0.

Bezirk Mittweida:

Helvetia—Sportlust Harthau 2:4; FC Waldheim—Sturm Geringswalde 3:2; Sporto, Erlau—Vorwärts Leisnig 6:0.

Achtung! Vereinsleitungen!

Die am 8. März angesetzte Berichterstattervollversammlung muß aus technischen Gründen abgesetzt werden. Die nächste findet bestimmt am 15. März abends 7,30 Uhr in der Geschäftsstelle Rißenbergstraße 6 statt.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Montag, den 7. März:

Straßenzellenversammlung b und c, Zentrum 4. 7,30 Uhr im Restaurant Schweres Geschütz, Tatzberg. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Dienstag, den 8. März:

Striesen 2. Mitgliederversammlung in der Erdkugel, abends 7,30 Uhr. Bericht vom Bezirksparteitag.

Striesen 3. Mitgliedervollversammlung im Glasewaldthof, 7,30 Uhr abends.

Brauns dorf. Oeffentliche Versammlung im Gasthof Striegestal, abends 8 Uhr.

Mittwoch, den 9. März:

Zellendelegierten-Konferenz Groß-Dresden

abends 7,30 Uhr im Körnergarten.

Bericht vom Reichsparteitag in Essen.

Alle Zellen sind verpflichtet, die Delegierten zu entsenden. Die Delegierten erhalten auf den Delegationsausweis einen Kontrollstempel, so daß den Zellenleitern eine Kontrolle möglich ist. Bezirksleitung.

Alle Zellen- und Ortsgruppenleiter haben Monatsberichts- und Abrechnungsformulare zugestellt erhalten. Die Einsendung an den Bezirk muß sofort erfolgen. Dasselbe gilt für die UB- und Stadtteilleitungen, sowie die Arbeitsgebiete und UB Dresden. Bezirksleitung der KPD, Orgabteilung.

Mittwoch, den 9. März:

Erwerbslosen-Fraktion. Wichtige Sitzung im Bürgergarten, Löbtau.

Kommunistischer Jugendverband

Dienstag, den 8. März:

Pirna. Gruppenabend. Besprechung von Fremdwörtern. Freie Gewerkschaftsjugend im Volkshaus-Ost, 7,30 Uhr.

Jung-Spartakus-Bund

Dienstag, den 8. März:

Groß-Dresden. Leiter- und Helfersitzung im Parteibureau abends 7 Uhr. Thema: Reichskongreß in Chemnitz. Alle Leiter und Helfer müssen anwesend sein. Fragebogen vom Januar endlich abliefern!

Roter Frontkämpferbund, Rote Jungfront, Roter Frauen- und Mädchenbund

An alle Kameraden! Dienstag, 6,15 Uhr wird der Genosse Groß eingeäschert (Tolkewitz). Zur restlosen Beteiligung ruft auf Die Gauführung.

Roter Frontkämpferbund

Groß-Dresden. Sämtliche Abteilungen werden aufgefordert zur Unterstützung der Demonstration der 6. Abteilung Johannstadt, welche am Freitag, den 11. März, abends 6,30 Uhr, Fürstenplatz, stattfindet. Die Kameraden sind davon in Kenntnis zu setzen.

Montag, den 7. März:

Abteilung 1 Zug 4. 7,30 Uhr im Brauerhof Versammlung Dresden-Cotta.

Dienstag, den 8. März:

Propa. Theaterprobe 7,30 Uhr bei Findeisen.

Abteilung 6. Im Restaurant Zum schweren Geschütz 7,30 Uhr Kursusabend. Kameraden, die sich gemeldet haben, restlos erscheinen.

Mittwoch, den 9. März:

Klotzsche, Hellerau, Rähnitz. Bildungsabend bei Stephan, Hellerau, Schulweg (hinterm Anhaltsplatz).

Rote Jungfront

Dienstag, den 8. März:

Abteilung 1. Stellen zur Mitgliederversammlung 6,45 Uhr am Bürgergarten. 7 Uhr Abmarsch. Mitgliedsbuch nicht vergessen.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Montag, den 7. März:

Groß-Dresden. 7,30 Uhr beteiligen sich alle Kameradinnen an der Frauenkundgebung im Bürgergarten.

Dienstag, den 8. März:

Groß-Dresden. Alles beteiligt sich an der Kundgebung im Kristallpalast. Dr. Schmincke und Kam. Seyring sprechen.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.

Montag, den 7. März:

Gruppen Cossebaude, Kemnitz, Briesnitz, Stetzsch. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in der Constantia.

Dienstag, den 8. März:

Gruppen Pieschen, Mickten, Trachau und Trachenberge. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung bei Wanke.

Mittwoch, den 9. März:

Gruppen Neu- und Antonstadt, Oppellvorstadt. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in der Reichskrone.

Donnerstag, den 10. März:

Gruppen Cotta, Wölfnitz, Naußlitz, Gorbitz, Löbtau. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung im Gasthof Wölfnitz.

Referent in diesen Versammlungen ist der ehemalige Franziskanerpater Amon.

Mieterprotest in Striesen-Blasewitz

Am Dienstag, den 8. März, abends 7,30 Uhr im Restaurant Zur Krone, Wasserturmstraße. Redner: Stadtv. Schrapel. KPD-Ausschuß.

Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Ostsachsen

Am Freitag, dem 4. März, abends 3/4 11 Uhr verschied nach langem Krankenlager unser Genosse

Oswald Groß

Die Partei verliert in ihm einen ihrer besten Genossen, der in unerschütterlichem Vertrauen zur Partei seine Kleinarbeit unermüdlich durchführte.

Die Einäscherung erfolgt am Dienstag, dem 8. März, abends 3/4 7 Uhr im Krematorium Tolkewitz. Alle Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, sich daran zu beteiligen.

Bezirksleitung Ostsachsen
der Komm. Partei

KPD Ortsgruppe Striesen
Zellengruppe IV

Am Freitag, den 4. März, abends 3/4 11 Uhr, verschied nach langem Krankenlager unser Genosse

Oswald Groß

Dresden. Wir ehren sein Andenken durch zahlreiche Beteiligung an der am Dienstag, den 8. März, abends 1/2 7 Uhr stattfindenden Einäscherung. Stellen der Gruppe 1/8 Uhr auf dem Altenberger Platze.

Gemeinschaft proletarisch. Freidenker
Gruppe Striesen

Hierdurch den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse

Oswald Groß

Dresden, am Freitag den 4. März, nach langem Krankenlager verschieden ist.

Seine Einäscherung erfolgt am Dienstag, den 8. März, abends 1/2 7 Uhr. Die Gruppe stellt 1/8 Uhr mit Fahne am Altenberger Platz.

Brauchen Sie ein Fahrrad?

Wenn ja, besichtigen Sie bitte unverbindlich mein Lager

Pirna, Braustraße 6

Sie finden bei mir alles, auch der verwöhnteste Geschmack kann Befriedigung finden. Meine Preise sind konkurrenzlos

Richard Noack

Arbeiter

kauft Eure

Arbeitssachen

bei

Ernst Klaar

Lilienstraße 28
Ecke Josephinenstraße
Nähe Ortskrankenkasse

Theater am Wasaplatz

Ab Montag, den 7. März, täglich 4 Uhr abends
Erstaufführung für Dresden!

Einbruch

Krim.-Groteske in 3 Akt. n. Rabenalt u. Lamberger
Max Dietze, der Hasfabenpeter, Alfred Rabenalt, Gitter Neden, Gitter Neden

Sonntag nachmittags 4 Uhr:

Schneewittchen und die 7 Zwerge

Märchen in 10 Bildern von Rösner

Zum Jahrmarkt in Freitalr

Schuberts Elektro-Riesenrad

mit feenhafter Beleuchtung

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Besitzer

Zum Freitaler Jahrmarkt

Mahnerts Luftschaukel und Miniatur-Karussell

Wir bitten um gütigen Zuspruch

CAPITOL

Telephon 19001

Heute

4 6³⁰ 8³⁰

Erstaufführung
des neuen großen Russenfilms

Iwan der Schreckliche

Alfred Kerr schreibt im Berliner Tageblatt vom 18. 1. 27:

Iwan

I.

Die gleiche Stelle, die neulich den Film „Potemkin" entsandt hat, wird nächstens den Film „Zar Iwan der Schreckliche" bringen. Ich sah ihn mittlerweile.

Leben und Wirken eines frommen Herrschers der Vergangenheit. Hier ist altes Moskowitertum in wunderbaren Köpfen; in der Landschaft; in niederem Schnitzdrama; im Schnee. In Roheit, Grausamkeit, Menschenknechtung, Weihrauch.

II.

Ein Uhrmacher aus Deutschland fliegt, mit selbsterdachtem Gerät, vor dem Zaren weg wie man in der Ikarus heute fliegt. Vielleicht könnte die Erfindung russisch-deutsches Gemeinsamkeit werden. Aber das gekränkte Vieh tötet immer den Erfinder; zerbricht sein Werk. Ein Trieb sagt ihm: Gott wollte dies nicht.

III.

Das Erziehungsbeispiel ist gut gewählt. Doch darüber hinaus. — Wie kommt es, daß ein Film von Russen gewöhnlich nicht mehr ein Film ist, sondern . . . eine Wahrheit? Ohne Kitsch. Ohne Hermachen. Ohne viel Apparat. Wie kommt es, daß der Russenfilm, sozusagen, menschenkünstlerisch am höchsten von allen steht.

IV.

Der Regisseur, Tarituch diesmal, stellt seine Hauptspieler nicht mit der Front nach vorn, damit sie ihr Parkettlunte, Gesichtsmaskenkommedie, sondern sie spielen unter sich. (Beherrschen die Kunst, zwanglos noch im Vergangenheitskostüm zu sein.)

Was war der Grundimpulsiv an die Mimenschaft? Das Parkett zu vergessen. Die hier Menschen Zuschauer nicht vergessen; sie haben sich niemals an sie erinnert.

(Auch Leonidoff nicht, der Zar, der keineswegs ein Kinderschreck ist; sondern er hat etliches von einem witterschnüffelnden, langsamen neurasthenischen Käfer.)

V.

Ja — und neben der mimischen Kunst jener menschenerziehende Zweck. Wichtigeres als Kunst, bei so viel Kunst.

Aufklärung? . . . Iwans Umschicht voll Hirnthell, Blutgrausel, Bettschande, Folter.

(Aufklärung? — „Pah!" sagt der Alte jubilend.)

Pfui . . . Aufklärung war einstens banal für westlicher Völker, heut ist sie unbanal geworden für alle.